

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

Es hat ein wenig gedauert mit Ausgabe Nummer 7 der AGORA. Der Sommer, das Heimatfest, die Flüchtlinge, der Terror, und dann kommt Weihnachten immer so plötzlich. Dafür hat sie diesmal auch sage und schreibe (!) 14 Seiten, die letzte Ausgabe des Jahres. Wir freuen uns besonders über die zahlreichen Gastbeiträge und hoffen, Ihnen hier und da wieder ein wenig den Blick über den Tellerrand zu eröffnen. Wie Sie feststellen werden, ist dieses Mal der Gesellschaftsteil besonders umfangreich geworden – vielleicht, weil es in diesen Tagen so besonders darauf ankommt, wie wir uns als Gesellschaft orientieren und was „Zusammenleben“ konkret für uns bedeutet. Lassen Sie sich nicht erschrecken von manchem langen Text. Die AGORA muss nicht an einem Tag gelesen sein. Die dunklen Tage eignen sich gut, die AGORA immer mal wieder hervor zu holen und sich in Ruhe eine eigene Meinung zu bilden. Dazu eine Tasse Tee, ein regionales Bier oder ein Glas Wein und das eine oder andere gute Gespräch. In diesem Sinne wünschen wir eine anregende Lektüre und einen guten Übergang vom Alten ins Neue. P.S.: Wenn Sie auch in 2016 wieder von uns hören wollen, scheuen Sie sich nicht, uns mit einem Soli-Abo (s. letzte Seite) zu unterstützen. Nach wie vor ist die AGORA ein selbstfinanziertes Projekt, das von der Beteiligung von Ihnen allen lebt.

Die Redaktion

Macht hoch die Tür...!



Fotomontage: AGORA

Europa baut die Grenzen wieder auf. Zäune werden errichtet, Stacheldraht wird gezogen, selbst vom Schießbefehl an deutschen Grenzen war schon die Rede. Es geht ums Sichern und Bewahren des Eigenen. Gemeint sind damit meist die eigene Kultur und die eigenen Werte, auch wenn es seltsam erscheint, mit Stacheldraht und Mauern Werte wie Freiheit oder Toleranz verteidigen zu wollen.

Aber auch innerhalb Deutschlands entstehen neue Grenzen. Auch in Fulda. Menschen werden in Containern, Baumärkten und abgelegenen Ortschaften ohne Verkehrsanbindung untergebracht, vom Rest der Gesellschaft durch Zäune getrennt, von Sicherheitsdiensten bewacht. Und dann gibt es noch die Grenzen zwischen einzelnen. Zwischen Syrern und Afghanen zum Beispiel, oder zwischen BürgerInnen, die sich praktisch und emotional um die Geflüchteten kümmern und BürgerInnen, die „Deutschland den Deutschen“ rufen oder Unterkünfte anzünden. Was, wenn diese äußeren Grenzen das Abbild unseres inneren Zustandes sind? Eines Zustandes, den wir uns so sehr zu Eigen gemacht haben, dass wir ihn gar nicht mehr befremdlich finden. Ein Getrennt-Sein vom Nächsten, von der Gesellschaft, aber auch von

der eigenen Wirksamkeit und der eigenen Verantwortlichkeit. Ein Zustand, der begleitet wird von Gefühlen wie Angst, Neid und Ohnmacht und von Gedanken wie „Alles soll so bleiben, wie es ist.“, „Das steht mir zu.“ und „Was hab ich damit zu tun?“ Und alles, was uns an diesen Gedanken zweifeln lassen könnte, halten wir raus aus unserer kleinen Welt.

Das geht aber leider nicht mehr. Denn wir wissen zu viel. Wir wollen es nicht wahr haben, aber eigentlich wissen wir, dass unser eigenes Verhalten und die Duldung des Verhaltens von Politik und Wirtschaft auf einer größeren Ebene sehr wohl auch etwas mit der Flüchtlingssituation zu tun haben.

Was wäre also, wenn wir mutig und ehrlich wären und unsere inneren Grenzen durchlässig machten?

Lassen wir durch unsere innere Mauer zum Beispiel einmal die Erkenntnis durch, dass unser Wohlstand, um den wir jetzt so fürchten, nicht nur von uns allein erarbeitet wird.

Denn wir wissen doch, dass wir Geschäfte machen mit totalitären Regimen und unsere Wirtschaft von Waffenexporten profitiert; dass wir Handelsabkommen schließen, die Bauern in den armen Ländern

die Existenz kosten. Wir beseitigen unseren giftigen Wohlstandsmüll in anderen Ländern und lassen dort Dinge produzieren, deren Herstellung schädlich für Mensch und Natur ist. Wir fischen die regionalen Meere woanders leer, tragen T-Shirts und haben Smartphones, in denen Sklavenarbeit steckt, und wir wissen es. Wir tolerieren ein Finanzsystem, das mit Lebensmitteln und Hunger Profit macht. Wir wissen es und schließen tatsächlich dennoch die Tür. Wir tun so, als ob das mit unserem friedlichen Leben in der schönen Rhön nichts zu tun hätte. Hat es aber. Dadurch, dass wir wissen und die Mauern schließen machen wir uns zu einer unmoralischen Gesellschaft auf die man nicht stolz sein kann und über die zukünftige Generationen den Kopf schütteln werden.

Was wir also wirklich beschützen müssen, ist unsere Fähigkeit, nicht nur an uns selbst zu denken. Dafür braucht es keinen Zaun und keine Mauer an unseren Landesgrenzen. Dafür braucht es den Mut und die Gelegenheit, direkt miteinander zu sprechen und aus der abstrakten Zahl von Flüchtlingen einzelne Mitmenschen zu machen, die genauso lustig oder doof sind wie wir selbst. Und das geht nur auf eine einzige Art: Man muss sich anschauen, hingehen, einladen, die Hand geben,

sich austauschen, neugierig sein, andere Sichtweisen kennenlernen und die eigenen hinterfragen, ohne das eigene zu verkaufen.

Nehmen wir also Blickkontakt auf, auf der Straße, im Bus, im Wartezimmer, im Café.

Besuchen wir die Menschen in den Sammelunterkünften, trinken wir Tee mit ihnen, helfen wir ihnen beim Deutschlernen, spielen wir Fußball mit den Kindern oder zeigen wir ihnen die Stadt.

Lassen wir sie zwischen uns wohnen, neben uns oder sogar bei uns. Machen wir keinen Bogen um den Container, machen wir die Tür auf, gehen wir hinein und halten wir aus, was wir hören und sehen. Schauen wir hinter die Fassaden unserer Glitzerwelt.

Machen wir unsere inneren Grenzen durchlässig für das, was diese Menschen erlebt haben und was sie sich vom Leben erhoffen, und wir werden uns selbst darin erkennen.

Grenzen, Mauern und Zäune funktionieren immer in zwei Richtungen. Sie sperren aus, sie sperren aber auch ein.

Lassen wir dieses Land und unser Denken nicht eng und klein werden.

Nicht in meinem Namen

Was haben das Ron Paul Institute, Steven Hawking, der Papst und wir gemeinsam?

Wir halten eine aggressive Antwort auf die bestialischen Taten von Paris für eine schlechte Idee. Die Hälfte der Deutschen, die genauso denkt und gegen eine militärische Beteiligung der Bundeswehr in Syrien sind, wurde bei der Entscheidung des Bundestages leider nicht gefragt.

14 Jahre Kampf gegen den Terror der USA, Briten, Australier im Irak, in Afghanistan, in Libyen haben genau was gebracht? Gar nichts. Obwohl doch – diese Art der „Terrorbekämpfung“ hat bis auf den letzten Stein zerstörte Regionen, Tausende zivile Opfer und unregierte Territorien gebracht und uns letztlich den IS beschert, vielen Dank auch.

Krieg zu führen bringt nur eine Sache: weitere Anreize für Wahnsinnige sich in die Luft zu sprengen.

Nicht in unserem Namen!

Weltkrise im Fuldaer Zukunftssalon

Prof. em. Dr. Klaus J. Bade im Interview

Die von der Stadt Fulda und der Hochschule Fulda gemeinsam durchgeführte Veranstaltungsreihe Fuldaer Zukunftssalon holt hochkarätige Referenten zu fundierten Vorträgen in den Fürstensaal, um mit ihnen und untereinander ins Gespräch zu kommen. Hier bietet sich eine sehr gute Möglichkeit, an den grundlegenden und auch an den neuesten Erkenntnissen aus Forschung und Wissenschaft der jeweiligen Fachbereiche der Vortragenden teil zu haben.

Jetzt gelang es den Veranstaltern, den bundesweit renommierten Migrationsforscher Dr. Klaus J. Bade aus Berlin mit seinem Vortrag „Die ‚Flüchtlingskrise‘: Einschätzungen, Fehleinschätzungen und Handlungsperspektiven“ für den Zukunftssalon gewinnen. Mehrere Hundert Zuschauer im gutbesuchten Fürstensaal ließen sich sowohl durch seinen kurzweiligen und mitreißenden Vortragsstil als auch für seine grundlegenden Aussagen und Impulse zum Thema begeistern. Den Veranstaltern kann man für die Wahl dieses ‚Am Puls der Zeit‘ liegenden Themas und für die Verpflichtung dieses bundesweit anerkannten und renommierten Referenten nur gratulieren. Schon seine im besten Sinn des Wortes radikale Feststellung „Wir haben eigentlich keine Flüchtlingskrise, wir haben eine Weltkrise“ ließ die Zuschauer aufhorchen. Seine prägnanten und klaren Aussagen zur derzeitigen Flüchtlingspolitik und den damit einhergehenden Verwerfungen, Versäumnissen und Problemen ließen manchem Besucher den Atem stocken.

Mit der ausdrücklichen Erlaubnis von Dr. Klaus J. Bade dokumentiert die Agora nachfolgend ein aktuelles und sehr ausführliches Interview, welches der Migrationsforscher dem Wissenschaftsportal L.I.S.A der Gerda-Henkel-Stiftung zur Problematik der aktuellen Flüchtlings-/Weltkrise gegeben hat.

„Es gab hinreichend Trendanalysen und Warnungen“

Georgios Chatzoudis: Herr Professor Bade, Sie zählen zu den renommiertesten Migrationsforschern. Zurzeit erleben wir eine – ja, was eigentlich? Eine Flüchtlingsflut, -welle, -ströme, -problematik, -bewegung?

Prof. Bade: Was heute von vielen Politikern wie ein unerwartbares, geradezu schicksalhaftes Migrationsunwetter mit Jahrhundertflut aus heiterem Himmel beschrieben wird, das sich an aktuellen Krisenherden im arabischen Raum entzündet hat, überrascht Migrationsforscher nicht so sehr. Niemand konnte zwar konkret voraussagen, was sich wann in welchem Umfang wo und wie ereignen würde. Prognosen sind bekanntlich immer ein Problem - und besonders dann, so Karl Valentin, wenn es dabei um die Zukunft geht. Aber es gab hinreichend Trendanalysen und Warnungen vor sich aufbauenden Kraftfeldern im

Wanderungsgeschehen. Literaturkenntnis schützt vor Neuentdeckungen:

Wir haben schon frühzeitig, zum Beispiel im „Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung“ von 1994 darauf hingewiesen, dass sich in verschiedenen außereuropäischen Großregionen, vor allem des globalen ‚Südens‘ langfristig ein Migrationsdruck aufbaut. Man kann sich das wie ein Fass mit Problemen vorstellen, dass immer mehr vollläuft, irgendwann überläuft und dann Migrationsbewegungen auslöst. Sie sind allerdings bislang zu mehr als 90 Prozent im weiteren Umfeld geblieben und haben Europa nur zu einem sehr geringen Bestandteil tangiert.

„Eine Ausplünderung, an der auch die westliche Welt maßgeblich beteiligt ist“

Georgios Chatzoudis: Was wissen wir über die Hintergründe? Was kommt da weiter auf uns zu?

Prof. Bade: Es treffen mehrere Entwicklungen aufeinander. Das gilt vor allem für tiefgreifende wirtschaftliche Umstrukturierungen, ökologische Zerstörung und eine Ausplünderung, an der auch die westliche Welt maßgeblich beteiligt ist. Hinzu kommt ein rapides Bevölkerungswachstum und eine aus all dem resultierende Verschlechterung von Existenzbedingungen, Lebens- und Überlebenschancen. Dem gegenüber präsentieren die elektronischen Medien und insbesondere die internationalen TV-Programme attraktiv wirkende Gegenwelten. Der wanderungstreibende Problemdruck hat sich seit Anfang der 1990er Jahre deutlich verschärft.

Das gilt zum Beispiel für die wachstumsblockierende und krisentreibende EU-Handels- und Agrarpolitik gegenüber den Herkunftsländern von oft unfreiwilligen Wirtschafts- und Fluchtwanderungen. Und es gilt, um ein großregionales Beispiel zu nennen, für das immer engmaschiger gewordene Netz von neokolonialen Strukturen, das über Afrika gespannt wurde. Es besteht vielfach aus doppelter Ausbeutung: von außen durch die verschiedensten Geschäftsinteressen und von innen durch mit diesen Interessen kooperierende Diktaturen oder andere korrupte Führungseliten. Hinzu treten in Afrika als fluchttriebende Faktoren schließlich auch kriminelle bzw. mafiotische Strukturen in Kooperation mit den abhängigen Führungseliten schwacher Staaten bzw. ‚Failed States‘, in die westliche Rüstungskonzerne aber nach wie vor kraftvoll ihre Militaria exportieren.

Die Flucht aus afrikanischen und arabischen Krisenzonen mit politisch, ethnisch, religiös-kulturell oder anderweitig bedingten Konflikten und aus wirtschaftlicher Not ist aber nur ein Beispiel für das globale Fluchtgeschehen mit seinen zahllosen Opfern. Die weltweiten Fluchtbewegungen haben mit derzeit ca. 60 Millionen Menschen bis-

lang nicht gekannte Dimensionen erreicht, die selbst diejenigen nach dem Zweiten Weltkrieg übertreffen. Allein 2014 wurden weltweit fast 14 Millionen Menschen zu Flüchtlingen.

Und das ist wohl erst der Anfang, denn klimagetriebene Fluchtwellen kündigen sich schon an. Auch bei der Flucht aus Syrien spielte das schon eine indirekte Rolle: Hunderttausende waren wegen des Absinkens des Grundwasserspiegels und des dadurch beschleunigten Vorrückens der Wüsten aus vertrocknenden Agrarregionen in die Städte geflohen, wo sie sich eine neue Existenz aufbauen wollten. Sie wurden dort von Krieg und Bürgerkrieg überzogen und verließen dann als Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge das Land.

Die Flucht aus dieser Krisenregion wird anhalten; denn ein Ende von Krieg und Bürgerkrieg im weithin zerstörten Land ist auf mittlere Sicht nicht absehbar.

Georgios Chatzoudis: Was kann man in Deutschland tun, um die Probleme zu begrenzen?

Prof. Bade: Nationale Handlungsspielräume sind hier begrenzt. Wir haben bei der Flüchtlingsaufnahme und -versorgung, vor allem in den Kommunen und durch ehrenamtlichen Helfer aus der Bürgergesellschaft, bislang Hervorragendes geleistet. Das Bild des „hässlichen Deutschen“ ist hinter dem Bild des freundlichen, aufnahmebereiten Deutschen zurückgetreten, obgleich in keinem anderen Land derzeit Gastfreundschaft und Fremdenfeindlichkeit so aufeinander treffen wie in Deutschland.

Wir improvisieren aber notgedrungen, bei wachsendem Problemdruck: Es fehlen die Strukturen, die eine längere Belastung in diesen Dimensionen möglich machen. Das fing bei dem vor Jahren heruntergefahrenen Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und dem dadurch ausgelösten Bearbeitungsstau mit viel zu langen Entscheidungsverfahren an. Es ging weiter mit dem Abbau bzw. der Umnutzung von ursprünglich für die Aufnahme von Flüchtlingen gedachten Unterkünften, die uns heute fehlen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Alle aufgenommenen Flüchtlinge sollten eine knappe Handreichung in ihrer Landessprache über die Grundrechte, Grundwerte und Spielregeln im Aufnahmeland erhalten. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung sollte nach einem kurzen Aufnahmegespräch in Anwesenheit eines Dolmetschers unterschrieben werden, damit gesichert ist, dass die Botschaft verstanden wurde.

Wichtig für alle, die bleiben dürfen, sind frühzeitige Integrationshilfen im Blick auf Sprache und berufliche Zusatzqualifikation, um mitgebrachte Fähigkeiten am Arbeits-

Ein Ausschnitt des Flyers zum Fuldaer Zukunftssalon mit Prof. Dr. Bade (Quelle: Stadt Fulda)

markt einsetzbar zu machen. Das wird insgesamt Milliarden kosten, die aber, auch nach Einschätzung des aktuellen Jahresgutachtens der „Wirtschaftsweisen“, gut investiert sind. Denn frühzeitige Teilhabeförderungen sind wesentlich billiger als die Folgekosten gescheiterter Integration in Gestalt von Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialtransfers.

In weiten Kreisen beunruhigt die Tatsache, dass nur bis zu drei Prozent der Asylbewerber anerkannt werden, aber mehr als 50 Prozent durch Anerkennung als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder aus anderen Gründen mehr oder minder lange oder auch auf Dauer bleiben dürfen. An sich ist das eine wichtige humanitäre Errungenschaft. Sie kann aber das ‚Kippen‘ der bislang noch verhalten positiven Stimmung in der Bevölkerung befördern, wenn andere europäische Staaten Deutschland mit seinem großen Flüchtlingsaufkommen achselzuckend weiter im Regen stehen lassen.

„Aber was sollen wir als Wissenschaftler denn noch tun?“

Georgios Chatzoudis: Was wird in Deutschland schon konkret getan und wie kann man das beurteilen?

Prof. Bade: Das Kabinett hat eine Reihe von Hilfsmaßnahmen für die Kommunen beschlossen, die weiterführen, aber wohl noch nicht ausreichend sind. Organisatorisch hat man zuletzt Leitungsfunktionen aus dem überforderten Bundesministerium des Inneren herausgenommen, das vor allem in den Kategorien von Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr denkt. Man hat diese Funktionen und unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes gebündelt und dabei auch Zuständigkeiten anderer Ministerien verstärkt. Das ist ein wichtiger, von uns seit langem geforderter Schritt voran, an dessen Ende auch die konsequente Verschiebung der zentralen Zuständigkeit vom Bundesministerium des Inneren in das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stehen sollte; denn bei Migration und Integration geht es eben nicht vorrangig um Gefahrenabwehr und Sicherheitspolitik, sondern um Arbeit und Soziales.

Im Schatten dieser konstruktiven Interventionen aber gibt es auf nationaler Ebene restriktive, zum Teil auch tendenziell populistische Maßnahmen, die von Wissenschaft-

lern, humanitären Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen und sogar Ausländerbehörden kritisiert wurden; denn sie sind mitunter nur kostspielig, ineffektiv oder sogar kontraproduktiv und treffen überdies wieder einmal oft die Falschen.

Im Bereich der Flüchtlingsverwaltung gilt das zum Beispiel für die Abschaffung des sogenannten „Taschengeldes“, von dem sich Flüchtlinge zum Beispiel die Chipkarten für ihre Handys, Bustickets oder einige Kleinigkeiten des alltäglichen Bedarfs kaufen konnten. Diese Umstellung auf Sachleistungen ist sehr verwaltungsaufwendig. Sie bindet Kräfte, die bei der allgemeinen Überforderung anderweitig dringend gebraucht werden. Und sie wird niemanden, der vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verelendung flüchtet, irgend beeindruckend, wenn man überhaupt davon erfährt. Sie quält nur die Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen in der vordergründigen und längst Ammenmärchen widerlegten Vorstellung, dass so genannte ‚Fehlansätze‘ Wanderungsbewegungen motivieren oder Wanderungsrichtungen bestimmen würden.

Die mangelnde Lernfähigkeit, mitunter auch defensive Erkenntnisverweigerung von Politik in Regierungsverantwortung ist manchmal zum Verzweifeln. Ein höchststrängiger Ministerialbeamter hat mir in anderem Zusammenhang sogar einmal dem Sinne nach gesagt: „Rückblickend betrachtet hatten Sie Recht mit Ihren warnenden Voraussagen – aber das konnten Sie doch damals doch gar nicht wissen...“

Georgios Chatzoudis: Welche Herausforderungen sehen Sie auf globaler Ebene?

Prof. Bade: In einer Welt, in der heute fast die Hälfte des globalen Reichtums in den Händen von weniger als einem Prozent der Weltbevölkerung liegt, in der im wirtschaftlichen Süd-Nord-Transfer für jeden Dollar, der in den globalen ‚Süden‘ fließt, zwei Dollars in der Gegenrichtung zurückfließen, in dieser Welt gibt es nicht eine weltweite „Flüchtlingskrise“, sondern eine Weltkrise, die Fluchtbewegungen erzeugt.

Die Fortsetzung des Interviews mit Prof. Dr. Bade lesen Sie auf der folgenden Seite.

Weltkrise im Fuldaer Zukunftssalon

Fortsetzung von Seite 2

Man kann sich in diesem Zusammenhang an ein Gedicht von Bertolt Brecht aus dem Jahr 1934 erinnern: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sahen sich an. Und der Arme sagte bleich: ‚Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich“.

Wenn man diese Weltkrise bekämpfen will, muss man sich nicht nur um die Begrenzung ihrer Folgen in Gestalt von Fluchtbewegungen, sondern auch um die Bekämpfung ihrer Ursachen kümmern. Dazu muss man weltökonomische, weltökologische und weltgesellschaftliche Systemfragen stellen, wie sie auch der kluge, aus der nichtmarxistischen südamerikanischen Befreiungstheologie stammende Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Laudato Si“ in ungewohnter Schärfe angesprochen hat. Die karitativen Engagements von großen Stiftungen und auch von großen Unternehmen sind demgegenüber nur wohlgemeinte Tropfen auf den heißen Stein. Es führt kein Weg mehr vorbei an einer Auseinandersetzung mit dem von wenigen ökonomischen Machtzentren aus gesteuerten, in seiner fortschreitenden Hypertrophie desaströsen, von Helmut Schmidt als „Raubtierkapitalismus“ kritisierten Wirtschaftssystem mit seinen menschenfeindlichen Schattenseiten. Das ist, um ein gebräuchliches Modewort zu benutzen, in der Tat „alternativlos“.

Weil dieses System global ausgewuchert, verankert und verzahnt ist, gibt es hier keine zügigen Patentlösungen, sondern nur ein zähes Bemühen am größtmöglichen Tisch. Umso dringlicher ist die Einberufung einer UN-Weltkonferenz zu Migration, Flucht und Asyl, analog zu den großen Weltkonferenzen seit den 1990er Jahren, am besten verbunden mit einer UN-Dekade zum Schutz der Flüchtlinge. Die Chance zur Einberufung einer UN-Weltflüchtlingskonferenz, die mit vereinten Kräften Abhilfe hätte einleiten können, wurde auf dem kleinen „Flüchtlingsgipfel“ am Rande der letzten UN-Vollversammlung in New York im September 2015 abermals verpasst. Es kann lange dauern, bis die Vereinten Nationen auf eine solche Initiative zurückkommen.

„Brennende Willkommenseuphorie prallt auf brennende Flüchtlingsheime“

Georgios Chatzoudis: Nach den Vorfällen zum Beispiel in Freital und Heidenau, bei denen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte angegriffen wurden, solidarisierten sich in Deutschland viele mit den Flüchtlingen. Eine neue Willkommenskultur wird eingefordert. Wie schätzen Sie das ein?

Prof. Bade: Im Umgang mit kultureller Vielfalt ist Deutschland gespalten: Auf der einen Seite steht die wachsende Gruppe der stillen Kulturpragmatiker bzw. Kulturoptimisten. Ihnen ist der Umgang mit kultureller Vielfalt längst normaler gesellschaftlicher Alltag geworden. Auf der anderen Seite steht die schrumpfende, aber umso lauter lärmende Gruppe der Kulturpessimisten. Ihnen ist die wachsende kulturelle Vielfalt gleichbedeutend mit dem Untergang des Abendlandes und in ihren Ohren klingt die Rede von kultureller Vielfalt und Einwan-

derung wie das Lied vom Tod der europäischen Kultur.

Die einen begrüßen Flüchtlinge und kümmern sich um ihre Probleme im Alltag. Eine kleinere Zahl demonstriert gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen, insbesondere von Muslimen. Hier vereinen sich auf gefährliche Weise die alten sogenannten Islamkritiker, die ihre Felle davon schwimmen sahen, mit den neuen sogenannten Asylkritikern. Wenn sich charismatische Führungspersonlichkeiten finden, könnte das Ergebnis eine Art deutscher „Front National“ sein, demgegenüber Pegida nur ein Puppenspiel gewesen wäre.

Brennende Willkommenseuphorie prallt auf brennende Flüchtlingsheime. Aber die extremistischen, zum Teil auch biederemännlichen Brandstifter sind eine kleine Minderheit, mit denen auch diejenigen, die die Flüchtlingsaufnahme skeptisch sehen, meist nichts zu tun haben wollen. Insgesamt überwiegt zumindest derzeit noch das Willkommen, auch wenn es nicht mehr die frühere Willkommens-Euphorie ist, weil sich doch Zweifel einschleichen über die Frage, ob und wie das alles zu bewältigen sein wird.

Ob daraus eine Willkommenskultur werden kann, muss man abwarten: Eine Willkommenskultur muss ja mehr sein als die freundliche Begrüßung immer neuer Gäste am Hauseingang. Willkommenskultur müsste gleichbedeutend sein mit einer ähnlich einladenden Behandlung aller Einwanderer, die in den letzten Jahrzehnten ins Haus schon gekommen sind. Die aber hat man bis in jüngste Zeit unter dem Stichwort „Integrationsland“ gedrängt, sich endlich einseitig anzupassen. Das aber hatte mit „Willkommenskultur“ wenig zu tun.

Quellenangabe: http://www.lisagerda-henkel-stiftung.de/klaus_j_bade; Datum 13.10.2015

Das vollständige Interview dokumentieren wir auf unserer Homepage: www.abora-fulda.de

Willkommenskultur Bernd Ulrich schreibt in der ZEIT:

„Der größte Feind des islamistischen Terrorismus ist die Willkommenskultur.“

Denn das ist das einzige, was wir noch nicht ausprobiert haben: die Araber und Perser so zu behandeln, als seien sie Menschen wie Du und ich, wie Nachbarn. In den letzten 100, 50, 20, zehn und zwei Jahren haben Europäer und Amerikaner den Mittleren Osten misshandelt, ausgebeutet und verachtet. Nie stand die Frage im Zentrum, was können wir tun, damit es den Menschen dort unten besser geht. Immer ging es zu allererst um die Frage, wie man Öl rausholt und Terrorismus nicht rauskommen lässt. (...)

Dazu müssen die Europäer sich mit den gutwilligen, fliehenden, dort unten um ihre Rechte kämpfenden Muslimen gegen jene verbünden, die Hass säen, gegen die Terroristen vom IS und gegen die herrschenden Islamisten in Saudi-Arabien...

Einen anderen Weg gibt es nicht, oder Europa taumelt - wie es seinerzeit Thomas Mann über Deutschland schrieb - dem Abgrund entgegen.“

Wir haben keine Flüchtlingskrise -

Wir haben eine Krise der sozialen Gerechtigkeit.

Resolution der DGB-Regionskonferenz Südosthessen

Von Januar bis September wurden 274.923 Erstanträge auf Asyl gestellt. Gleichzeitig ist vermutlich eine ebenso große Anzahl von Flüchtlingen noch nicht registriert. Doch als in den frühen neunziger Jahren vor dem Hintergrund des Jugoslawienkrieges eine Million Menschen in der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben, hat die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl zusätzlich zu den Asylbewerbern noch 1,2 Millionen Spätaussiedler aufgenommen. Ihre Integration gilt heute als Erfolgsgeschichte.

Dass die meisten Kommunen dennoch logistisch und finanziell überfordert sind, dass es Probleme bei der Unterbringung, dass es Wohnungsnot, dass es Personalmangel bei der Bearbeitung von Anträgen und dass es Schwierigkeiten bei der Versorgung von Flüchtlingen gibt,



liegt also nicht daran, dass zu viele Flüchtlinge ins Land kommen, sondern daran, dass die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen seit Jahren von Bund und Ländern billigend in Kauf genommen wird.

Notwendige Investitionen in Soziales und Bildung wurden versäumt. Die Anzahl der Sozialwohnungen wurde seit 1990 von vier auf 1,5 Millionen reduziert. Es fehlt seit Jahren an Lehrern, an Schulräumen, an Inklusion, an Pflege, an sozialer Beratung und Qualifikation, an Personal- und Fachleuten in

den öffentlichen Verwaltungen, an öffentlichen Transportmitteln, an Arbeitsmarktprogrammen, an sozialem Wohnungsbau und an vielem mehr.

Wir haben keine Flüchtlingskrise, wir haben eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Die aktuelle Situation zeigt, den Sozialstaat zusammenzustreichen, hat sich nicht bewährt. Im Interesse aller müssen die öffentlichen Kassen wieder gefüllt und der Sozialstaat ausgebaut werden. Die Kommunen müssen gut ausgestattet werden. Der Arbeitsmarkt muss wieder in eine

Balance gebracht werden. Die Umverteilung von oben nach unten und die Besteuerung von Reichtum sind vor diesem Hintergrund alternativlos.

Integrationsflucht in Osthessen

Ein Blick in die digitalen Kommentarspalten

Tausende Menschen sind auf der Flucht. Sie fühlen sich fremd im eigenen Land. Immer mehr finden es schwer, sich „zu Hause“ zu integrieren. Die meisten finden sich im Erstaufnahmelager in Dresden wieder, manche in kleineren Ablegern in Leipzig und andernorts. Eine Momentaufnahme über Integrationsflüchtlinge - auch in Osthessen.

Ein Blick ins digitale Auffanglager zeigt die ganze schonungslose Tragödie auf. Im Flüchtlingslager der Kommentarspalten auf fz-online können sie sich gefahrlos austauschen. Nach Jahren der Demütigung und nach Wochen der Angst benennen die Flüchtlinge erstmals ihre Erfahrungen, die das ganze Ausmaß der tiefsitzenden Traumatisierungen offenbaren. In der Traumabewältigung zeigt sich deren ganze Wut. So verrät „Fulda84“ (selbstgewähltes Pseudonym bei allen Genannten von der Redaktion beibehalten, die Red.) deutlich erregt seine Ängste über die repressive Beschneidung der Meinungsfreiheit in seinem Herkunftsland.

„Jeder außer ein stinknormaler deutscher Bürger. Er darf nicht einmal mehr was sagen!“*, rutscht es ihm heraus. Auch „Barny“, ein weiterer Integrationsflüchtling, bestätigt dies, wenn er beinahe beiläufig und hinter vorgehaltener Hand erwähnt, „wenn sich hier Anwohner ängstigen, ist dies wohl nur allzu verständlich.“ Beide stammen wohl aus Osthessen, einem Landstrich, der wie kein anderer für die Einhaltung der moralischen Werte im Gesellschaftskontext einstand.

Die in ihrer Religion propagierte und in Osthessen sehr stark zelebrierten Rituale und in Beton gegossenen Gebote wie Nächstenliebe lebten nicht zuletzt von den Legenden ihrer Urväter. Einem von ihnen, Sankt Martin, huldigen sie alljährlich mit Lichterspielen und preisen seine empathische Haltung den leidenden Mitmenschen

gegenüber. Einem weiteren, seines Zeichens Gründungsmitglied der Glaubensgemeinschaft, ehren sie mit Opfern und unterwerfen sich seiner Liebe kurz nach der Wintersonnenwende. Zudem sind die Menschen vorsichtig und üben nur während der fünften Jahreszeit leise Kritik an ihren Führungsfiguren. Doch dieser Konsens droht nun zu kippen, da sich wegen der Schrecken der Integration zahlreiche Menschen auf die Flucht machen und alles hinter sich lassen müssen, sogar ihre christlichen Überzeugungen.

„Die Leut' haben wirklich Angst“**, weiß Berthold Quell, ehemaliger Fraktionschef der Hünfelder CDU, der dies in einem Gespräch Ende Oktober dem osthessischen Leitkulturmedium Fuldaer Zeitung verriet. Während das digitale Flüchtlingslager nicht nur in Osthessen immer voller wird und zahlreiche Hilfesuchende montags planlos durch die Straßen des viele Kilometer entfernten Elbflorenz irren, suchen Fachleute nach den Ursachen dieser Massenflucht aus dem deutschen Wertekonsens und finden unter anderem einen Beleg im Bildungsnotstand der Bundesrepublik.

Bildung ist ein wesentliches Mittel zur Integration von Menschen in eine Gesellschaft. Teilnahme ermöglichen und Teilhabe gewähren - auch für die vielen Flüchtlinge, die aufgeschreckt den Wertekonsens der Gesellschaft verlassen. Das friedliche und tolerante Zusammenleben innerhalb eines Staatssystems, die Anerkennung der staatlichen Dreifaltigkeit aus Legislative, Judikative und Exekutive ist ebenso wichtig für den Wertekonsens wie die Achtung vor dem Leben anderer. Dass sich nun so viele Menschen auf die xenophobische Flucht vor diesen Konsens machen, hat möglicherweise mit der Befürchtung zu tun, die Gartenzwerge müssten zukünftig auf engerem Raum zusammenstehen. Diese Heim, Garten und

Portemonnaie gefährdenden Entwicklungen tragen unzweifelhaft zur Flüchtlingslawine bei, so dass auch „Rosenzüchter“ während der Flucht mit nur schwer unterdrückten Tränen in den Augen bekennen muss „Dies ist nicht mehr mein Land!!!“.

Die Aufgabe der in dieser Legislaturperiode in der Verantwortung stehenden Volksvertreter besteht primär darin, MigrantInnen jedweder Herkunft und Aufenthaltsstatus zu integrieren und gleichzeitig die Integrationsflucht bislang integrierter Menschen zu stoppen. „Petra“, eifrige Mitstreiterin im digitalen Flüchtlingslager, sieht das mangels juristischer Kenntnisse ganz simpel: „Es gibt kein Gesetz, das von Deutschland verlangt, diese Flüchtlinge aufzunehmen“. Doch wie es weitergeht, wissen selbst die Flüchtlinge nicht so genau. Eine Möglichkeit wäre es, den Zugang zu den Kommentarspalten durch Registrierung einzudämmen. Doch die Aussicht auf Erfolg scheint nicht nicht so groß zu sein. So sucht „martin MOELLER“ verzweifelt nach Möglichkeiten, seine Schlepper ohne Einnahmen zu bezahlen, indem er gesteht „Ich bin auch registriert und erhalte aber keine Leistungen. Ganz im Gegenteil - muss Steuern zahlen.“ Es ist eine schwere und langwierige Aufgabe, diese Integrationsflüchtlinge wieder in die Gesellschaft einzubinden, ihnen Hoffnung zu geben, ihren Glauben an ein friedliches Leben nach den Schrecken der Flucht wieder zu beleben. Doch ein tolerantes und modernes Land, wie das unsere, wird Türen offen lassen. „Wir schaffen das“!

* Alle Zitate aus den Kommentarspalten der Onlineausgabe der FZ im November 2015 inklusive Nennung der Personen mit den von ihnen selbstgewählten Pseudonymen.

** zitiert aus einem Artikel der FZ zum Thema Flüchtlingspolitik in Hünfeld vom 30.10.2015

Die Brücke

Wie wir einander besser helfen können – Ein Gastbeitrag von John Rogers

Zwei alte Schwestern - Mitte 80 - schufteten noch, um durchzukommen. Der Ehemann der einen ist schon vor 15 Jahren gestorben. Alles geht langsam kaputt und wird nicht mehr repariert. Die Schwestern beschwerten sich nicht, dass sie den Rasen mit einer Schere mähen müssen. Es ist teilweise gut, bis zum Schluss aktiv zu sein. Muss es aber so schmerzvoll sein?

Im selben Dorf leben jetzt 20 Flüchtlinge. Sie warten. Sie warten auf Asylanträge, sie warten auf Arbeitserlaubnisse, sie warten auf Busse, sie warten auf Deutschkurse. Viele laufen einfach herum, um sich die Zeit zu vertreiben. Manche sind sehr hilfsbereit. Sie wissen absolut nichts von den alten Schwestern und ihrem schweren Alltag.

Warum ist es so schwierig in unserer modernen Gesellschaft, die Energien von manchen frei zu setzen, um die Bedürfnisse von anderen zu befriedigen?

Wir leben im sogenannten Informationszeitalter. Auf Knopfdruck haben wir die ganze Welt direkt in unserer Reichweite. Jetzt beginnen manche, diese neuen Möglichkeiten anzuwenden, um Flüchtlingen zu helfen. Eine Liste von Internetkarten zeigt, wo Leute in ganz Deutschland sich engagieren. Hier in Hessen haben die zwei Sender ‚Hr3‘ und ‚youfm‘ das Projekt ‚People Like Me‘ ins Leben gerufen, bei dem auch eine Karte mit Bedürfnissen und Angeboten im Mittelpunkt steht. Zusätzlich organisieren sich kleine Gruppen für Mitfahrgelegenheiten usw. durch „Apps“ wie „Whatsapp“, die von jedem Handy zugänglich sind.

Es ist wichtig und wunderbar, dass so viele Leute bereit sind, sich zu engagieren, um Flüchtlingen zu helfen. Aber viele Flüchtlinge sind nicht nur hilfsbedürftig sondern auch hilfsbereit. Auch sie wollen sich engagieren, arbeiten, helfen, mitmachen, sich integrieren. Diese interaktiven Internetkarten sind ein guter Anfang, um eine „Brücke“ zwischen Flüchtlingen und Einheimischen und zwischen den Bedürfnissen und Angeboten von beiden Gruppen aufzubauen. Dann können die zwei alten Schwestern die benötigte Hilfe bekommen, und die neuen Leute im Dorf bekommen die Gelegenheit ihnen zu helfen.

Hinter dieser Idee einer Brücke steckt noch viel mehr Potential. Stellen Sie sich vor, dass 50% der Bevölkerung in der Region ihre Bedürfnisse und Angebote über eine solche regionale Plattform anmelden würden. Wieviel mehr potentielle gegenseitige Hilfe für alle würde zum Vorschein kommen? Wie viele Leute würden mehr erledigen? Wie viele zur Zeit überlasteten Ehrenamtlichen würden sich ein bisschen entlasteter fühlen, wenn mehr Hilfe in der Gemeinschaft für alle

möglichen Alltagsprobleme vorhanden wäre?

Eine Informationsplattform ist jedoch nur der erste wichtige Schritt. Information verbindet. Information ermöglicht. Aber Information allein reicht nicht immer, um zu motivieren. Das Mittel um zu motivieren schlechthin in unserer Gesellschaft heißt – Geld. Geld motiviert uns zu arbeiten. Geld hilft uns, Projekte zu realisieren. Geld ist wie Öl in der Maschinerie der Gesellschaft. Dazu ist Geld auch im Endeffekt eine besondere Form von Information über Tauschereignisse.

Geld ist leider nicht immer vorhanden, wo und wann es gebraucht

die „Brücke“ zu laufen und anderen zu helfen?

Genau das haben weltweit über Jahrzehnte hinweg tausende von Projekten versucht. In Brasilien haben hunderte von solchen „lokalen Währungen“, sogar mit Unterstützung der Zentralbank, in ärmeren Vierteln durchgesetzt. Auch in einem der reichsten Länder der Welt, nämlich der Schweiz, hat die „WIR Bank“ seit über 80 Jahren hinweg den kleinen und mittelständischen Unternehmen ein zusätzliches Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt. Nicht zuletzt hat seit 2003 in der Region um den Chiemsee in Bayern „Der Chiemgauer“ einen kleinen und wichtigen Beitrag zur lokalen

beit. Sie lässt die Kaufkraft in der Region, anstatt aus der lokalen Wirtschaft auszutreten. Sie arbeitet nicht „gegen“ Geld, sondern funktioniert als Gegenpol zu den negativsten Auswirkungen des globalisierten Finanzsystems.

Zweitens, sie hat verschiedene Vorteile für unterschiedliche Gruppen. Für kleinere Betriebe gewinnt sie neue Kunden, die die regionale Wirtschaft unterstützen wollen und zusätzlich schafft sie ein besseres Image für das Geschäft. Für Vereine und ähnliche Organisationen unterstützt sie deren Arbeit und zieht neue Ehrenamtliche an. Für Kommunen kann sie die öffentlichen Dienstleistungen unterstützen. Für

auf Grenzen: Gesetze und gemeinsame Regeln für Beziehungen aller Art sind normal und akzeptiert. Nur im Bereich des Geldes heißt es, dass so wenige Beschränkungen wie möglich für den freien Kapitalverkehr optimal sind.

Eine Währung mit regionalen oder anderen vereinbarten Grenzen kann paradoxerweise viele unterbenutzte Ressourcen und Energien freisetzen, die sonst ungenutzt schlummern, nur weil die Marktwirtschaft kein Gewinn daraus machen kann. Das reduziert die Verschwendung von Ressourcen und ist wiederum ein Gewinn für die Wirtschaft, für die Umwelt und für die Gesellschaft denn es fördert mehr Effizienz im Umgang mit Ressourcen in denen schon investiert geworden sind.

Man sollte allerdings nicht unterschätzen, wie viel Engagement und Durchhaltevermögen benötigt werden, um ein solches Projekt zu realisieren. Die wenigen regionalen Währungen, die schon über Jahrzehnte existieren, sind eher die Ausnahme und sind das Ergebnis hervorragender Führung und Zusammenarbeit. Schon vor ein paar Jahren gab es im Fuldaer Raum einen Versuch, ein solches Projekt zu realisieren, die Buchone. Die Zeit war jedoch damals nicht reif.

Bevor man eine regionale Währung einführt, muss man zuerst die nötige Vorbereitungsarbeit in Gemeinden, Kommunen und Betrieben machen und eine Plattform für Bedürfnisse und Angebote aufbauen, sonst wird die Mühe sich kaum lohnen und die potentiellen Vorteile einer regionalen Währung sich nicht realisieren lassen. Dafür braucht man eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus der Wirtschaft, aus der lokalen Politik und aus dem ehrenamtlichen Bereich. Die Hauptaufgabe dieser Gruppe ist, einen Entwicklungsprozess durchzuführen, in dem man nicht nur Leute inspiriert mitzumachen, sondern auch konsequent alle möglichen Gestaltungsmöglichkeiten für die Plattform + Währung durcharbeitet.

Vielleicht ist die Flüchtlingskrise eine große Chance, die Idee einer solchen regionalen „Brücke“ für Hessen aufzubauen, die Menschen jeden Hintergrunds, aus jeder Schicht und jedem Bereich inspirieren und motivieren kann.

Wie der Sänger Xavier Naidoo es schön ausdrückte:
„Was wir alleine nicht schaffen
Das schaffen wir dann zusammen.“

John Rogers arbeitet als Autor und Berater für regionale Währungen und ist als freiberuflicher Dozent an der Hochschule Fulda tätig.

Mehr im Internet:
www.valueforpeople.co.uk

Mobile Uploads

Zurück zum Album · Tabeeas Fotos · Tabeeas Chronik

Zurück · Weiter



Tabee Bü
THATS ALEX! A big shoutout to him this morning. Dieser Mann beeindruckt mich zu tiefst! Seine Geschichte ist nicht greifbar für mich und ich kann nicht Ansatz weise verstehen was er erleben musste aber ich bin so froh ihn getroffen zu haben und zu sehen was er tut. Er hat wirklich alles verloren, er musste seine Familie in Syrien zurück lassen weil die IS Leute ihn umbringen wollten er ist zu Fuß von hier nach dort und hat sein altes Leben zurück gelassen. Und jetzt ist er in Deutschland und geht JEDEN Samstag, obwohl er selbst nicht viel hat auf die Straße und verteilt essen an Obdachlose. Ganz nach seinem Motto "GIVE SOMETHING BACK TO THE GERMAN PEOPLE". Gestern durfte ich mit ihm gehen und helfen, ich bin so fasziniert von diesem Mann! Yeah So I have the feeling like, God bless him so HE is a blessing for so many more people! THANK YOU ALEX! — hier: Alexanderplatz Berlin.
21. November · Bearbeitet
A-Zye Taner Delkara, Philip Lankes, Pamela Féauxdelacroix und 3128 anderen gefällt das.
2130 Mal geteilt

Album: Mobile Uploads
Geteilt mit: Öffentlich

Fotoansicht öffnen
Herunterladen
Beitrag einbetten

Screenshot: Facebook-Post von „Tabee Bü“ vom 21.11.2015

wird. Obwohl wir ständig astronomische Geldsummen von Milliarden oder sogar Billionen für Bankrettungsaktionen in den Nachrichten hören, muss aus makroökonomischer Sicht und für die Mehrheit der Bevölkerung Geld knapp gehalten werden. Nur so, heißt es von den Ökonomen, kann die Wirtschaft gut funktionieren, der Wettbewerb gefördert und die Konjunktur angekurbelt werden.

Wie wäre es, unser eigenes „Geld“ zu schaffen, um Leute zu motivieren über

Wirtschaft und Gemeinschaft geleistet.

Warum geben sich solche Projekte so viel Mühe, um ein „Zweitgeld“ in einer Region zu etablieren? Es gibt verschiedene Auswirkungen einer zweiten, parallel agierenden Währung, die Menschen ermutigen sich dafür zu engagieren.

Erstens, sie kann gegen die „Nebenwirkungen“ des gewöhnlichen, auf Konkurrenz basierenden Geldes wirken. Sie fördert Zusammenar-

Kunden und Bürger bietet sie neue Möglichkeiten an, sich für die Region und für anderen zu engagieren bzw. Gegenleistungen zu bekommen.

Drittens, die Wertebasis des regionalen Geldes ist anders als die des globalisierten, das (fast) keine Grenzen sieht oder zieht. Grenzen können bedrückend oder befreiend sein. Absichtlich vereinbarte Grenzen sind nicht unbedingt eine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Unsere Gesellschaft basiert

„Das kann man sich gar nicht vorstellen“

Ruth Rose im Gespräch mit Gesine Türck - aus: *fundsache - Fuldaer Stadtmagazin* Nr. 38, November 1998

Anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht 1938 am 9. November 1997 fand eine Aktion der damaligen Antirassismus-Aktionsgruppe „Abraxas“ auf dem Universitätsplatz statt. Besucher hatten die Möglichkeit, den Namen einer der aus Fulda deportierten Jüdinnen und Juden auf einen Stein zu schreiben und diesen mit den Namensteinen der anderen zusammen zu einem großen Davidstern zu legen. So hat man aller 257 Fuldaer Deportierten gedacht. Während dieser Aktion stand eine Frau am Rande, las sich die Namen durch und erkannte plötzlich ihren eigenen. Es war Ruth Rose. Sie wurde 1939 deportiert, hat das Rigaer Ghetto, diverse Konzentrationslager und die Todesmärsche überlebt und ist 1962 wieder nach Fulda gezogen und lebte bis zuletzt in der Barockstadt.

Es ergab sich damals ein Gespräch zwischen den Jugendlichen und Ruth Rose. Die Rückkehr einer aus Fulda deportierten Jüdin in ihre Heimatstadt war bis dato unbekannt. Der Initiative von Karin Masche, heutige Stadtverordnete, ist es zu verdanken, dass es Monate später zu einem Gespräch zwischen Ruth Rose und Gesine Türck kam, dessen Verlauf anlässlich des 60. Jahrestages der Pogromnacht 1998 in dem damaligen Fuldaer Stadtmagazin „fundsache“ wiedergegeben wurde. Der Artikel fand große Beachtung, war sie doch die einzige Überlebende, die wieder nach Fulda zurück kam. In dem Artikel wurde Frau Rose noch mit einem Synonym benannt, da sie wenige Jahre nach den Anschlägen von Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln eine tiefsitzende Angst vor Neonazis und neofaschistischen Bedrohungen hatte und als Selbstschutz keine Hinweise zu ihrem richtigen Namen geben wollte. Die Autorin des Artikels hat über die Jahre den Kontakt zu Frau Rose gehalten.

Ruth Rose lebte zuletzt schwer erkrankt in einem Pflegeheim in Fulda und ist am 19. Juni 2015 verstorben. In stillem Gedenken veröffentlichen wir einige Auszüge des langen Artikels im Stadtmagazin „fundsache“ vom November 1998. Der komplette Artikel ist bei Interesse als PDF über unsere Mailadresse erhältlich. Das Synonym haben wir gegen ihren wirklichen Vornamen ausgetauscht.

In stillem Gedenken an Ruth Rose

Bis zu Hitlers Machtübernahme führten die meisten der zahlreich in Fulda wohnhaften Jüdinnen und Juden ein ganz normales gläubiges Leben. „Wir haben den Sabbat gehalten, wir haben koscher gegessen; es war halt eine jüdische Familie, wie die meisten.“ (...)

Nach und nach wurde das jüdische Leben mit Einschränkungen und Schikanen belegt. „Mein Vater war Kaufmann, er hat auf den Dörfern seine Waren verkauft. Die Bauern hatten ja nicht sehr viel Geld. Die haben dann im Herbst nach dem Gänseschlachten bezahlt, das ging auf Pump. Hitler hat die ‚Umschul-

derung‘ eingeführt. Da mussten die Leute glaube ich eine Mark im Jahr bezahlen. Mein Vater hat dann alles mögliche gearbeitet, damit wir leben konnten.“

Ruth hatte damals, als neunjährige, zunächst nicht so viel von allem mitbekommen. „Wir haben in der Innenstadt gewohnt und vorher mit allen möglichen Kindern gespielt. Wir haben Fangen, Verstecken und Ball gespielt, sind mit Nachbars Roller gefahren – und plötzlich sind die Steine geflogen! Da konnten wir nicht mehr mit den anderen Kindern spielen. Wenn wir zur Schule gegangen sind, das war gefährlich, denn die Kinder haben Steine ge-

schmissen, nicht alle, aber viele. Es sind alle in die Hitlerjugend eingetreten, mit den Uniformen rumgelaufen, die Fahnen sind geflogen.“

Die Einschränkungen ließen natürlich auch im Bildungsbereich nicht auf sich warten. „Hier gab es eine jüdische Grundschule, die heute noch als Gemeindezentrum genutzt wird. Ab der 5. Klasse sind 85 bis 90 Prozent der Kinder auf höhere Schulen gegangen. Juden durften nicht mehr in diese Schulen. Natürlich war die Grundschule dann zu klein für die vielen Kinder. Die Gemeinde hat einen Lehrer aus Frankfurt geholt, der den Kindern Fremdsprachen unterrichtet hat. Englisch habe ich in der Schule gelernt.“

Weiter wurde den jüdischen Fuldaern das Leben schwer gemacht. „Es verlief ja progressiv. Im April 1933 sind die jüdischen Geschäfte boykottiert worden, die Scheiben eingeworfen, Einzelne verhaftet. (...) Manche haben ihren jüdischen Mietern gekündigt und diese mussten ausziehen. Wir haben Zwangsarbeit verrichtet bei der Kerzenfirma Gies, aber es war nicht sehr schlimm. Nach und nach sind die jüdischen Geschäfte verkauft worden. Die Inhaber wurden (...) gezwungen. Bär & Co. Warenhaus, Mittelstraße 30-32 mussten beispielsweise an Sieling verkaufen.“ 1938 gab es dann den Knall. „Am 9.

November, das war ein Mittwoch, haben die angefangen, die Geschäfte kaputt zu schlagen, Fensterscheiben einzuschmeißen, in der Schule alles kaputt zu machen.“ Sicher waren es normale, aber aufgeregte Mitbürger, die beim Demolieren mitgemacht haben, aber... „Es war auch viel organisiert. Am 10. November hat dann morgens eine Nachbarin bei uns geklingelt und gesagt: ‚Die Synagoge brennt!‘. Ein Bruder meines Vaters ist mit meinem Bruder runtergegangen, beide wurden von der Straße weg verhaftet. Am darauf folgenden Tag hat man alle nach Buchenwald gebracht. Offiziell benachrichtigt

tationen organisiert. „Wir sind benachrichtigt worden, an dem und dem Tag sollen wir uns in der Turnhalle in der Rabanusstraße einstellen, wo heute die Sparkasse ist, und sollen das und das mitbringen, und dann haben wir uns da gesammelt. Was sollte man denn tun? An den totalen Mord hat man noch nicht gedacht. Wenn man das gewusst hätte... Man hat uns dort am 8. Dezember 1941 gesammelt, hat uns das Gold abgenommen, die Ringe, alles weggenommen. Wir sind durch die Rabanusstraße gelaufen und die Petersgasse hoch bis zum Güterbahnhof. Da hat man uns in Personenwagen verladen und nach

lebniße im Rigaer Ghetto, erzählt von der Zwangsarbeit, den Toten, den Misshandlungen, von Einzelchicksalen ihrer Bekannten und Verwandten sowie vom weiteren Verlauf ihrer Deportationen in die Lager Riga-Strasdenhof, Gotenhafen und Burggraben (KZ Stutthof) bei Danzig und den anschließenden Todesmärschen. Sie erwähnt, dass sehr wohl unter den Eingeschlossenen in den Lagern und Ghettos bekannt war, dass in manchen Lagern Menschen vergast wurden. Details allerdings waren ihr unbekannt, die allgemeinen Nachrichten sickerten aber durch. Sie erwähnt die Erschießungen auf den Märschen, die Krankheiten aufgrund Mangelernährung und schlechter Versorgung, die Hungertoten nach der Befreiung. Wir folgen dem Artikel weiter ab dem Moment der Befreiung durch die russische Armee.

Folgte auf die Befreiung nicht eine ungeheure Erleichterung? „Bei Kriegsende war ich 21 Jahre alt. Aber man hat sich nicht gefreut. Wir waren vielleicht zu krank. Wir haben immer geglaubt, bei einer Befreiung würden alle jubeln. Und es sind auch noch sehr viele von uns gestorben. Viele wussten nicht, was mit ihren Verwandten war, ich wusste, das meine Eltern tot sind. Ich habe geglaubt zu wissen, dass mein Bruder lebt. Er hat auch überlebt. Ich bin von Russen unweit Lauburg in Pommern befreit worden. Ich war krank. Ich kann mich an den April überhaupt nicht erinnern. Ende Mai wurden wir aus dem Krankenhaus entlassen. Eigentlich hätten wir dann zu den Deutschen ins Lager gesollt. Es war noch eine Frau bei mir, die hat gesagt. ‚Wir gehen in kein Lager‘. Wir haben einen Zug nach Westen gesucht, Geld und Ausweise hatten wir nicht. Am 30. Mai sind wir nach Berlin gekommen. (...) Die Leute standen nicht für Lebensmittel, sondern für Wasser an. Pumpen waren in der Stadt. Es war Chaos. Es hat geheißen, am 15. Juni gehen die Amerikaner aus Thüringen weg und da gibt's dann die Grenze, wie sie auch zuletzt war. Wir wollten in den Westen.“

Die Odysee ging weiter über Wittenberg, Bitterfeld, Nordhausen. Das Ziel war Fulda (wegen des Bruders), aber das schien durch die Zerstörungen kaum erreichbar. Es dauerte weitere Wochen über Halle, Kassel, Gießen, Bad Nauheim bis nach Frankfurt. Auch hier machte Ruth in einer Flüchtlingsunterkunft Station. „Dort habe ich meinen Mann kennengelernt. Mein Mann war fünfzehn Jahre in Auschwitz, er hat eine Nummer am Arm. Am 7. Juli sind wir nach Fulda gefahren. Es hat zwölf Stunden gedauert von Frankfurt nach Fulda. Dreimal umsteigen. (...) In Fulda wurde uns geholfen. Bei der Stadtverwaltung saßen fast noch die gleichen Leute, wie in der Kriegszeit. Vielleicht haben die wirklich nicht gewusst, was in den Lagern alles passiert ist, die Erschießungen und Vergasungen. Aber die Abtransporte haben sie jedenfalls mitgekriegt und ich glaube schon, dass einiges durchgesickert ist.“

Weiter auf der folgenden Seite.



Foto: *fundsache - Fuldaer Stadtmagazin* Nr. 38, November 1998

über den Verbleib der Angehörigen hat man uns nicht, es ist irgendwie durchgedrungen. Mein Bruder war 17 Jahre alt. Er war in Buchenwald bis zum 17. Dezember 1938. Der Sohn einer Bäckersfamilie ist zur gleichen Zeit in Buchenwald gestorben. Meinen Bruder hatte man dort furchtbar geschlagen, Haare abgeschnitten. Er hat furchtbar gestunken, denn er war sechs Wochen nicht gewaschen. Als er entlassen wurde, musste er unterschreiben, dass er Deutschland verlassen würde in ein vorgegebenes Land. Also war wichtig, dass er auswandern würde, er konnte sonst immer wieder arrestiert werden. Ein Bekannter hat aus Manchester für ihn Papiere geschickt, er ist am 19. April 1939 nach England abgereist. (...) Sehr viele haben die Kinder weggeschickt, und die Eltern sind geblieben und umgekommen. Manche Eltern hätten vielleicht auch die Möglichkeit gehabt zu fliehen, wenn sie genug Geld hatten, aber sie dachten ‚Ich war im Krieg, mein Vater, mein Großvater war im Krieg und ich bin Deutscher, mir wird gar nichts passieren!‘ Die waren so gute Deutsche. 1938 war klar, was los ist, zwar nicht im ganzen Ausmaß. Wir wollten ja weg. Aber wir hatten fast kein Geld.“ 1941 wurden in Fulda die Depor-

Kassel gebracht. Dort waren wir auch in einer Turnhalle. Man hat uns ausgezogen bis auf die Haut, manche hatten ja was am Körper versteckt. Den Transport hat man dort zusammengestellt, es waren nicht nur Leute aus Fulda sondern auch aus Marburg, aus Kassel, von überall. Es war ein Transport von über 1000 Menschen. Es gab uns Halt, dass wir viele und die Familien zusammen waren. Am nächsten Morgen hat man uns in den Zug gesetzt, aber wohin hat man uns nicht gesagt. Wir sind drei Tage gefahren. Wir hatten nicht genug zu trinken, das war das schlimmste. Wir sind nicht am Hauptbahnhof von Riga angekommen, sondern an einem Verladebahnhof. Man hat uns ins Ghetto geführt und das war so schaurig: man hat uns in Wohnungen geführt, wo man geglaubt hatte, die Leute, die hier wohnen sind gerade weggegangen. Das Essen stand auf dem Tisch und es war alles so, als wenn jemand da wohnen würde. In Wahrheit sind die Leute am 30. November und 8. Dezember im Bickernschen Wald erschossen worden, aber wir haben das nicht gewusst.

Im weiteren Verlauf des sehr langen Artikels erzählt Ruth Rose ihre schrecklichen und intensiven Er-

„Das kann man sich gar nicht vorstellen“

Aus Ruth's Transport, der übrigens einer von dreien aus Fulda mit insgesamt 257 Deportierten war, haben wohl zehn Personen überlebt. Aber sie sind alle nicht nach Fulda zurückgekehrt. „Die sind alle weg. Ich bin doch auch weggegangen. Ich habe Deutschland gehasst. Im Juni 1949 sind wir mit unserem Sohn nach Amerika. Mir hat es dort sehr gut gefallen. Mein Mann wollte zurück nach Deutschland, ich wäre ansonsten nicht zurückgegangen. 1962 sind wir nach Frankfurt gezogen.“

Bei American Express bekam Ruth eine Anstellung. Da die Mieten in Frankfurt aber damals fast unbezahlbar waren, bat sie um eine Versetzung in die Niederlassung Fulda. Hier fand sie mit ihrem Mann eine günstige Wohnung. Allerdings gestaltete sich die Rückkehr in die Heimatstadt nicht ganz unkompliziert. Da Ruth ja nun mittlerweile amerikanische Staatsbürgerin war, „pflegte“ sie regelmäßigen Kontakt zu fuldischen Behörden. „Man musste immer einen Stempel haben: Aufenthaltserlaubnis, Arbeitserlaubnis, und das musste immer wieder erneuert werden. Das war mir zuviel und da bin ich zur Ausländerbehörde. Ich habe gesagt, ich bin doch aus Fulda, meine Eltern waren Deutsche, mein Vater war im ersten Weltkrieg, ich will die deutsche Staatsangehörigkeit zurück. Aber es ging nicht.“

Von jüdischer Kultur konnte damals in Fulda nicht mehr die Rede sein. „1962 gab es nicht viele Juden in Fulda, vielleicht drei oder vier. Es hatte sich alles verändert. Heute sind es etliche mehr, es sind sehr viele Kontingentflüchtlinge dabei.“ Was hält Ruth von der Ausländerfeindlichkeit, die in den letzten Jahren in Deutschland um sich gegriffen hat? „Es sind nicht nur die Ausländer, es sind auch immer die Juden dabei. (...) Wenn die Zeiten schlecht sind und es gibt wenig Arbeit, wenn man sieht, die haben und die haben nicht, dann werden schnell große Unterschiede gemacht. Ich habe geglaubt, die ‚Alten‘ sterben aus und die Jugend ist anders. Die Jugend ist heute genauso schlimm. (...) Der Fehler der gemacht wurde ist: Was sie heute tun, das hätte man vor fünfzig Jahren tun müssen. Aber damals hat man das totgeschwiegen.“

(aus: fundsache - Fuldaer Stadtmagazin Nr. 38, Nov. 1998)

frei & willig – Fuldaer Initiativen stellen sich vor

Seit 2014 stellen sich Fuldaer Initiativen zu Beginn des Wintersemesters den Studierenden der Hochschule an einem Abend im Café Chaos vor. Anlässlich des diesjährigen Abends ist erstmals der „Fuldaer Initiativen-Reader“ erschienen. Auf 48 Seiten im DIN A 6-Jackentaschenformat stellen sich zahlreiche Gruppen vor. Der Reader ist nicht nur an der Hochschule,

sondern auch im Stadtgebiet an diversen Auslagestellen erhältlich. Auch die AGORA ist Teil dieses losen Netzwerkes verschiedenster Initiativen in Fulda, das sich unregelmäßig zum Austausch und zur Vorbereitung des Abends im November trifft. Im ersten und wichtigsten Teil des Reader sind Beschreibungen und Kontaktdaten der unterschiedlichsten Initiativen

dargelegt, von Z wie „Zeppelinärten“ bis A wie „Agora“. Im zweiten Teil kommen Regional- und Ortsgruppen überregionaler Organisationen zu Wort. Im Anhang gibt es noch eine nützliche Adressenübersicht sowie Treffen und Termine, hauptsächlich gedacht für neu in der Stadt angekommene Menschen, die sich orientieren. Der Reader soll jährlich aktualisiert werden.



Von der Manipulierbarkeit des Menschen

Ein Gastbeitrag von Peter Krahulec

Den bleibenden Eindruck des Abends hinterließ die Eingeladene selbst. Gudrun Pausewang, die Grande Dame der literarischen Szene weit über Osthessen hinaus, gab sich und uns uns die Ehre und stellte im anheimelnden Ambiente des „Café MandelRose“ ihr neuestes (letztes?) Buch vor – „HELDENGEDENKEN ?“. Das Fragezeichen sei ihr besonders wichtig, wie sie betonte, und der Abend stilisierte ein bleibendes Ausrufezeichen daraus.

selber zurecht rücken“. Es wurde ein langer Weg zur Metanoia, zur Umkehr. Am Anfang stand ein persönlicher Verlust. Ihr Vater – „ich hatte ihn sehr lieb“ – fiel 1943 bei Mariupol. „In stolzer Trauer“ schrieb die Mutter in die Todesanzeige. „Da hab ich angefangen zu zweifeln. Mein Vater ein Held?“. Aber noch war die Trauer größer als die Reflexionskraft. „Ich merkte, dass sich in meinem Verhältnis zu den Begriffen Held und Heldengedenken etwas geändert hatte.

postuliert: „Ich bin Pazifistin!“. Und sie fügt klug geworden ambivalent hinzu: „Ich traue den Menschen viel zu, viel Gutes, aber auch viel Böses“.

Über 100 Bücher hat Gudrun Pausewang darüber geschrieben: „24 für Erwachsene, 24 für Kinder, und die bis 100, das sind welche für Jugendliche“. Die Schlitzer Grundschullehrerin entlässt Leser und Zuhörer mit einer Schulgeschichte im Nachwort. Ein Lehrer erzählt „in ein paar hundert Jahren“ seinen



Gudrun Pausewang (Quelle: privat)

In der Tat: In Gegenwart der bewundernswerten 87-Jährigen verkehren sich schon rein äußerlich Dinge in ihr blankes Gegenteil. So scheint die Schriftstellerin prima vista förmlich in ihrem Sessel zu versinken, veritabel aber überragt und überzeugt sie die geladene Hörschaff von der ersten Minute an. Ja, schon lange wollte sie – „bevor ich nicht mehr da bin“ – etwas zum Thema Heldengedenken schreiben. Denn sie habe im Laufe ihres Lebens an sich selbst erfahren, „wie manipulierbar der Mensch ist“. Der Schatten ihrer frühen Jahre belastet sie noch. 1928 in Ostböhmen geboren, fühlte sich die dann Zehnjährige begeistert „von Hitler heimgeholt“ ins „großdeutsche Reich“ und lernte im „Bund Deutscher Mädel“ (BDM) „so zu fühlen und zu denken wie die Nationalsozialisten“; mit dem traurigen Höhe-, besser Tiefpunkt ihres fehlgeleiteten Enthusiasmus, dem HJ-Lied von Baumann mit den wertstürzenden Zeilen: „Ja, die Fahne ist mehr als der Tod“ und „Deutschland, du wirst leuchtend stehn, mögen wir auch untergehn“..

Unter diesen Lügengebäuden sei auch ihre Jugend „weggefallen“, und so wurde ihr „Lebensthema“: „mich

Nicht aber in meiner Verehrung und Bewunderung von Hitler und meiner Beziehung zum Nationalsozialismus ... Und erst in Südamerika, vierzehn, fünfzehn Jahre nach dem Kriegsende, als ich viele neue Erkenntnisse erworben und immer wieder über mich selber den Kopf geschüttelt habe, wurde ich zu einer Kriegsgegnerin“.

Die einzelnen Kapitel des vorgestellten Buches markieren quasi die Meilensteine des langen Weges zu sich selber. Und sie ersparen dem Leser im Abschnitt „Gegentendenzen“ auch nicht schreckliche Blicke in erschreckende Abgründe des realen Kriegsinfernos. Frau Pausewang zitiert aus Klassikern wie Wilhelm Lamszus („Das Menschenschlachthaus“), Ernst Friedrich („Krieg dem Kriege“) und Erich Maria Remarque („Im Westen nichts Neues“) – keine Spur von Helden, aber vom „widerlichen Tod“. Klimax ist die These: „Jedem Militarismus wohnt Sklaverei inne!“.

Durch lange Lebenserfahrung primär gebildet und durch eingehende Studien fundiert klingt es dann glaubwürdig, standfest und ansteckend, wenn die (in hohem Lebensalter) promovierte Germanistin

Kindern von lange vergangenen Kriegen, in denen Menschen „einander in Massen umbrachten“. Die Kinder sind entsetzt und fragen: „Was mussten das für Monster gewesen sein!“

„Diese Monster sind wir“, resümiert die Autorin und schließt: „Ich wünsche mir oft, es gäbe auf unserer Erde keine Kriege mehr!“.

Da gehen die Gedanken bindend zurück zu Bert Brecht: „Das Gedächtnis der Menschheit ist erstaunlich kurz ... Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt werde“ (1952).

Danke, Frau Pausewang, dass Sie es an diesem Abend wieder gesagt haben!

Und sie hat eines noch gesagt. Mit Verwunderung, ein wenig Trauer und auch Verständnis haben die Zuhörer die Antwort gehört auf die Frage nach ihren nächsten Plänen. „Jetzt will ich erst mal sterben...“

Gudrun Pausewang: Heldengedenken?. VAS – Verlag für Akademische Schriften, Bad Homburg, 2015, ISBN 978-3-88864-536-5, 15 Euro

Radfahrende in Fulda: Zweitrangige Hindernisse

Ein Gastbeitrag von Amata Schneider-Ludorff

Fuldas Radverkehrsanlagen sind so unattraktiv und unsicher, dass sich Radelnde auf die Bürgersteige retten.

Studien haben gezeigt: je höher das Fahrradaufkommen in einer Stadt, desto sicherer die Radelnden. Im Umkehrschluss bedeutet dies

dagegen, dass in Städten wie Fulda, wo sie eine – wenn vielleicht auch wachsende – kleine Minderheit sind, Radelnde von ihrem Gegenüber am Steuer von Kraftfahrzeugen besonders häufig übersehen oder falsch eingeschätzt werden. Dass dies lebensgefährlich sein kann, zeigte der kürzlich geschehene Unfall an der Petersberger Straße, an der ein Lastwagenfahrer einen Radler offenbar beim Rechtsabbiegen in den Zieherseer Weg schlicht und einfach übersah – und tötete. Ein weiterer Unfall, bei dem wieder ein Radfahrer von einem rechtsabbiegenden Autofahrer angefahren und verletzt wurde, ereignete sich an genau derselben Stelle nur wenige Wochen später.

Gerade aufgrund der noch relativ geringen Radelndendichte und einer Verkehrskultur, in der für viele Menschen hinterm Steuer alle, die zu Fuß und mit dem Rad unterwegs sind, erst einmal als Hindernis gelten, müssten die Radverkehrsanlagen und die Verkehrsführung insgesamt eigentlich dem erhöhten Gefahrenpotential Rechnung tragen. Radverkehrsanlagen sind in Fulda aber bruchstückhaft angelegt, schaffen oft für alle Beteiligten unklare Situationen und entsprechen häufig nicht den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen. Allein letzteres ist, wie eine Studie des Bundesverkehrsamts belegt, für sich genommen bereits unfallträchtig. Bei der Planung von Straßen geht es offenbar immer nur um den Komfort des Kraftverkehrs statt um die Sicherheit der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmenden.

Grüner Pfeil: Mit Schwung ins Weichziel

Die Ecke Petersberger Straße und Zieherseer Weg, wo der tödliche Unfall geschah, ist ein gutes Beispiel für diese Situation.

Auf der Petersberger Straße ist wieder nur die besonders billig und platzsparend einzurichtende Schrumpfform der Radverkehrsanlagen zu finden, der sogenannte Schutzstreifen. Zwar ist er hier zusätzlich zur für Schutzstreifen vorgeschriebenen gestrichelten Seitenbegrenzung rot markiert, doch diese Markierung wird an allen Kreuzungen und fast allen Einmündungen unterbrochen, so dass Unkundigen Kfz-Lenkenden suggeriert wird, an diesen Stellen ende

die Radverkehrsanlage. Unkundigen Radelnden wird dagegen möglicherweise signalisiert, sie befänden sich auf einem Radweg – statt einem bloßen Schutzstreifen. Hier wird ganz klar gegen die Empfehlung verstoßen, dass Radverkehrsanlagen radfahrende Menschen konsistent über Kreuzungen hinweg führen sollen. An der Unfallstelle kommen aber noch zwei weitere Gefahrenherde hinzu.

Zum einen ist die Fußgängerampel auf dem Zieherseer Weg extrem weit von der Petersberger Straße abgesetzt worden – so weit, dass ein Pkw komplett auf dem Zieherseer Weg vor dem Fußgängerüberweg halten kann. Ziel dieser Maßnahme ist offenbar, wie meist in Fulda, den Kraftverkehr so wenig wie möglich stocken zu lassen. Dies verleitet dazu, aufs Gaspedal zu treten und schwungvoll einzubiegen, da Ortskundige ja wissen, dass sie dies tun können, ohne zu Fuß Gehende zu behindern – allerdings eben nicht, ohne Radfahrende an Leib und Leben zu gefährden. Zusätzlich gesteigert wird das Gefahrenpotential an dieser Stelle noch durch den dort angebrachten Grünen Pfeil, der anderswo in Fulda häufig zu Konflikten zwischen Kraftverkehr und Fußgängerinnen und Fußgängern führt.

Fuldas Radwege: Mängelbehaftet und bruchstückhaft

Fuldas Radverkehrsanlagen entsprechen leider nur höchst selten den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, was ihre Benutzung gefährlich macht – besonders, wenn Radelnde in höheren Geschwindigkeiten unterwegs sind. Einerseits sind Radwege so angelegt, dass Radelnde bei der Überquerung von Seitenstraßen übersehen und zudem Fußgänger behindert werden wie auf dem nicht benutzungspflichtigen Radweg auf der Südseite der Kurfürstenstraße zwischen Heinrich-von-Bibra-Platz und Bahnhofsvorplatz. Oder Radverkehrsanlagen führen als Schutzstreifen direkt an parkenden Autos entlang. Sicher zu befahren sind solche Radverkehrsanlagen nur bei extrem gedrosselter Geschwindigkeit, was aber gerade auf Durchgangsstraßen wie beispielsweise der Leipziger Straße, wo der Autoverkehr 50 km/h fährt, für Radelnde weder zumutbar noch

gerecht ist.

Noch ärgerlicher ist die Tatsache, dass es kaum durchgängige Lösungen für den Radverkehr gibt. Selbst auf neu ausgebauten Straßen wie der Heidelbergstraße endet ein schon wegen der Pflasterung und des gemischten Rad-Fuß-Verkehrs ungünstig angelegter benutzungspflichtiger Radweg plötzlich in einem Parkstreifen für Kfz, und Linksabbieger hat man offenbar ganz vergessen. Die Florengasse darf in Gegenrichtung der Einbahnstraße befahren werden – aber es ist nicht möglich, an dieser Stelle radfahrend die Dalbergstraße zu queren. Wer in Fulda Rad fährt, kann unzählige solcher Beispiele auflisten.

Was willst du auf der Straße? Drängel, hup, huuup!

Zur Gefährlichkeit und Bruchstückhaftigkeit der Radverkehrsanlagen kommt außerdem noch die Unklarheit bezüglich der Benutzungspflicht hinzu. Beispielsweise steht am auf dem Bürgersteig markierten Radweg auf der Leipziger Straße zwischen Kurfürstenstraße und Amand-Ney-Straße kein blaues Radwege-Schild – also besteht vermutlich keine Benutzungspflicht. Da der Weg aber markiert ist, müssen Radelnde, die den hindernisparcourartigen schmalen Radweg vermeiden wollen, da er bei Gefälle eine Bushaltestelle und einen Tunneldeckpfeiler slalomartig umrundet, mit Gedrängel, Hupen und Ansprachen durch nette Fuldaer Kraftfahrzeuglenkerinnen und -lenker rechnen.

Fuldaer Radverkehrsanlagen signalisieren Radelnden unablässig: bleib auf dem Bürgersteig, da bist du sicher! Kein Wunder also, wenn man in Fulda ständig Radfahrende auf den Bürgersteigen antrifft – es ihnen allerdings auch kaum verdenken kann. Abgesehen davon, dass sich viele der zu Fuß Gehenden von Radelnden gestört fühlen, ist das Radeln auf dem Bürgersteig allerdings objektiv nicht unbedingt sicherer, besonders an Einfahrten und anderen Stellen, wo den Bürgersteig querende Kraftfahrzeuglenkende schlechte Sicht auf den Fußweg haben. Ziel kann daher eigentlich nur sein, Fuldas Straßen endlich so sicher zu machen, dass sich alle trauen können, auch auf der Straße zu radeln.



Radfahren in Fulda (Foto: Amata Schneider-Ludorff)

Mahnrad erinnert an tödlichen Unfall

Ein Gastbeitrag von Amata Schneider-Ludorff

Seit dem 17. Oktober, gut einen Monat nach dem tödlichen Unfall an der Ecke Petersberger Straße/Zieherseer Weg, erinnert nun ein weiß gestrichenes Mahnrad an den dort getöteten Radfahrer. AGORA, der ADFC Fulda und die Bürgerinitiative Verkehrswende Fulda stellten das Rad in einer gemeinsamen Aktion von etwa 20 Teilnehmenden auf, um des Toten zu gedenken und außerdem auf die Gefahren an dieser Stelle hinzuweisen.

Der sechsfünfzigjährige Petersberger Radfahrer, der bei dem Unfall getötet wurde, war wie immer morgens auf dem Weg zur Arbeit, als er die Petersberger Straße geradeaus an der Einmündung Zieherseer Weg herunterfuhr.

Laut Pressemeldung der Polizei Osthessen übersah ihn ein in den Zieherseer Weg rechts abbiegender Sattelschlepper, so dass er auf das Fahrzeug aufprallte und zu Boden geschleudert wurde. Der Radfahrer wurde ins Krankenhaus gebracht, starb dort aber wenig später aufgrund seiner schweren Verletzungen.

Unter denen, die zur Aufstellung des Rads gekommen war, mischte sich Trauer mit Ärger und dem Gefühl, dass sich an der Stelle ähnliche Unfälle jederzeit wiederholen können. So waren die Aktivistinnen und Aktivistinnen von Critical Mass Fulda drei Wochen nach dem Unfall zu der Stelle gefahren, um sie zu begutachten, als genau in dem Moment, in dem sie dort ankamen, wieder ein

Radfahrer von einem Rechtsabbiegenden Kraftfahrer übersehen und angefahren wurde. Der Notdienst lieferte den schwer verletzten Radfahrer in die Klinik ein.

Franz Hupke, der Inhaber und Betreiber des Kiosks an der Ecke Petersberger/Zieherseer Weg kommentierte, er „erlebe sehr oft, dass hier Fahrradfahrer angefahren werden.“ Seit dem tödlichen Unfall habe es bereits zwei weitere Unfälle gegeben. Was dort besonders zum Gefährdungspotential beiträgt ist der Grüne Pfeil, der Rechtsabbiegen auch bei einer roten Ampel erlaubt. Für Hupke stellt sich damit „die Frage, ob man das nicht überdenken sollte.“ Verbunden damit, dass der Fußgängerüberweg auf dem Zieherseer Weg so weit von der



Das Mahnrad (Foto: AGORA)

Petersberger Straße abgesetzt ist, dass vor dem Überweg ein kompletter Pkw Platz findet, kann der Grüne Pfeil an dieser Stelle geradezu als Einladung verstanden werden,

ohne anzuhalten schwungvoll nach rechts abzubiegen – obwohl der Grüne Pfeil vor dem Abbiegen natürlich ein Halten an der Haltelinie vorsieht.

Was an der Kreuzung Petersberger Straße/Zieherseer Weg zusätzlich für Verwirrung sorgen könnte, ist die Tatsache, dass die auf der Petersberger Straße vorhandene rote Markierung des Schutzstreifens im Kreuzungsbereich unterbrochen wird – also gerade dort, wo Radfahrende am schutzbedürftigsten sind. Schutzstreifen müssen zwar nicht rot markiert sein, aber wenn sie es sind und die Markierung an Einmündungen und Kreuzungen unterbrochen wird, könnte damit ein falsches Signal gesetzt werden.

Radeln in Fulda: Eine Anleitung

Ein Gastbeitrag von Amata Schneider-Ludorff

Sie sind neu in Fulda? Oder Sie sind hier bisher noch nicht Rad gefahren und wollen es jetzt versuchen – aber die Nachrichten über gefährliche Radwege und tödliche Unfälle schrecken Sie ab? Keine Sorge: mit unseren fünf leicht zu beachtenden Regeln können Sie sicher durch den Fuldaer Verkehr.

Regel 1: Schön auf dem Bürgersteig bleiben! Auch wenn sich nur für wenige Sekunden wegen enger Straßen und Gegenverkehrs keine Überholmöglichkeit für hinter Ihnen fahrende Kraftfahrzeuge bietet, werden Sie häufig anhand aufbrummender Motoren und spürbarer Wellen aufgestauter Aggression merken, dass Sie gerade nur noch als Hindernis und nicht als jemand, der gleichberechtigt am Verkehr teilnimmt, betrachtet werden. Der Grund: eine zahlenmäßig nicht unerhebliche Unterspezies der Fuldaer Kraftfahrerinnen und -fahrer (*Automobilicus Fuldensis*) gehört der Gattung *Drängelanthropus robustus* an. Unsere Lösung: fahren Sie einfach auf dem Bürgersteig, denn das ist in Fulda sowie schon so sehr Usus, dass selbst die Ordnungspolizei kaum Anstoß daran nimmt.

Regel 2: Einfach schieben! Der Name Linksabbiegespur täuscht - biegen Sie nie auf einer solchen links ab! (Biegen Sie am besten überhaupt nie links ab – dies ist schließlich Fulda, wo das Rechtsfahrgebot besonders ernst genommen wird!) Dies gilt besonders, wenn sich auf der Straße, die Sie befahren, ein Schutz- oder gar Radstreifen befindet. Eine Minderheit innerhalb des *Automobilicus Fuldensis*, der *Homo ignorantus*, ist nämlich der festen Überzeugung, dass Radfahrende immer auf für sie speziell gekennzeichneten Wegen fahren müssen und auf regulären Fahrbahnen und Straßen nichts zu suchen haben. Also beachten Sie: Egal, wohin Sie wollen, bleiben Sie auf den für Sie markierten Streifen oder steigen Sie ab und schieben. Wie heißt es im Volksmund: Wer sein Fahrrad liebt, der schiebt.

Regel 3: Durchgehend Schrittempo! Sie haben sicher schon von den in Fulda besonders gefährlichen Schutzstreifen gehört, die direkt an parkenden Autos entlangführen. Hier kann Sie natürlich jederzeit eine Autotür erwischen, wenn Sie sich erdreisten, auf einer Durchfahrtsstraße wie der Dalberg- oder Leipziger Straße – möglicherweise noch bergab – 25, 30 oder gar 40 Kilometerstunden fahren zu wollen. Aber keine Angst: fahren Sie einfach immer Schrittempo. So sind Sie zwar langsamer als die Fuldaer Busse, aber dafür können Sie Ihre Umgebung wenigstens richtig wahrnehmen. Fulda ist schließlich eine sehenswerte Stadt. Dabei wird Ihnen dann auch aufgefallen, dass die Fuldaer Radverkehrsanlagen konsistent für Radelnde im Schrittempo ausgelegt worden sind.

Regel 4: Höflichkeit gewinnt! Vor dem Hintergrund der Fuldaer Wahlergebnisse mag es unwahrscheinlich klingen, aber unsere Untersuchungen haben ergeben, dass ein großer Teil des *Automobilicus Fuldensis* auf dem rechten Auge blind zu sein scheint (*Automobilicus caecus ad dextram*). Rechnen Sie daher nie damit, von rechts abbiegenden Kraftfahrenden gesehen zu werden. Wenn Sie unsere Regeln befolgen, fahren Sie ja ohnehin schon Schrittempo, so dass Sie es problemlos schaffen werden, an jeder Einmündung anzuhalten und alle abbiegenden Autos erst einmal vorbeizulassen. Höflichkeit gewinnt!

Regel 5: Rauf auf den Dachgepäckträger! Wenn Sie sich immer noch unsicher fühlen sollten, was natürlich unwahrscheinlich ist, hier der ultimative Tipp, um sicher mit dem Rad durch den Fuldaer Verkehr zu kommen: Befestigen Sie Ihr Fahrrad auf dem Dach- oder Heckgepäckträger Ihres Autos und fahren Sie zum einem der nächsten Fernradwanderwege, die ja größtenteils abseits von Straßen verlaufen, auf denen Kraftverkehr zugelassen ist.

Sonntags kann man lüften

Ein Gastbeitrag von Jens Brehl

Welchen Grund kann es geben, an einem Sonntagmorgen früh aufzustehen? Wer wie ich in der Fuldaer Innenstadt wohnt, möchte sich und seiner Lunge vielleicht etwas Gutes tun. Die Luft ist an Sonntagen deutlich klarer und so reiße zumindest ich die Fenster meiner Wohnung sperrangelweit auf.

Zunächst möchte ich klarstellen, dass gerne in Fulda lebe und daher fällt es mir auch schwer zuzugeben, dass es in meiner geliebten Heimatstadt oft stinkt. Nun liegen zwar keine Industrieanlagen in der Nähe meiner Wohnung, aber die Autoabgase reichen schon aus, damit ich gequält die Nase rümpfe. Am Sonntagmorgen sind jedoch kaum Stinker auf der Straße unterwegs – und ich meine alle Autos mit Verbrennungsmotor, nicht nur die von Volkswagen.

Viele Leser werden sich denken, was ich mich künstlich abrege – schließlich gibt es genug andere Probleme, um die es sich zu kümmern lohnt. Mich fasziniert jedoch die Frage, warum wir es als normal betrachten, dass unser Art uns fortzubewegen unserer Gesundheit schadet, die Umwelt vergiftet und gleichzeitig noch enorme Flächen des öffentlichen Raums für sich beansprucht.

Gehe ich durch Fulda, stehen an jeder Ecke Autos – meist erlaubt und mal im Parkverbot. Dann frage ich mich oft, warum es für die meisten meiner Mitbürger normal ist, ein Fahrzeug zu besitzen, welches 98 Prozent des Tages rumsteht und Kosten verursacht. Ein parkendes Auto verbraucht zwar kein Benzin, kostet aber dennoch Steuer und Versicherung und das rund um die Uhr. Ich persönlich kenne keinen Betrieb, der sich Maschinen anschafft, die er die meiste Zeit ungenutzt lässt – weil es schlicht keinen Sinn ergibt.

Vielleicht wird in ein paar Jahrzehnten unser heutiges normales Verhalten als verrückt gelten. Kopfschüttelnd versuchen unsere Nachfahren eventuell zu ergründen, warum wir die Luft in unseren Städten verpestet haben, nur um von A nach B zu kommen. In meinen Augen lohnt es sich darüber nachzudenken, ob wir tatsächlich so viele Autos benötigen.

Schon heute können wir Fahrgemeinschaften bilden, Autos nach Bedarf anmieten, öfter aufs Fahrrad steigen und vielleicht auch mal zu Fuß gehen. Mein Traum: Generell weniger Autos und dafür so viele wie möglich mit Elektroantrieb. Wir würden nicht nur öffentliche Flächen zurückgewinnen, sondern unsere Lungen wären uns sehr dankbar.

Weisheit stellt sich nicht immer mit dem Alter ein. Manchmal kommt das Alter ganz allein.

Jeanne Moreau

Bei keiner anderen Erfindung ist das Nützliche mit dem Angenehmen so innig verbunden, wie beim Fahrrad.

Adam Opel

Zum ersten Mal in der Geschichte hängt das physische Überleben der Menschheit von einer radikalen Veränderung des Herzens ab.

Erich Fromm

Jedermann kann was gegen die Erderwärmung tun! Ich lasse z.B. immer meine Külschrantür auf! Das bringt allein in meiner Küche 4°C weniger!

Nolker Vies

Kann es richtig sein, wenn das Kilo Klopapier bei uns teurer ist als das Kilo Fleisch.

Monsignore Peter Kossen

Hohle Töpfe haben den lautesten Klang.

William Shakespeare

Wenn ein Mensch dir sagt, er sei durch harte Arbeit reich geworden, frag ihn, durch wessen Arbeit.

Don Marquis

„Die Rechnung ist ja eigentlich ganz einfach: Mit Heizöl würden wir zweieinhalb Millionen Euro im Jahr an die Ölscheichs bezahlen. So müssen wir nur eine halbe Million Euro für Stroh an die Bauern zahlen.“

Arne Kremmer Jensen

Die bisherigen Fortschritte im Klima- und Umweltschutz sind viel zu gering. Die Widerstände von konservativer Seite aus leider viel zu groß, die Menschen sind zu gleichgültig, schläfrig und verantwortungslos. Es fehlt ihnen der Wille, ihre Lebensstile, Produktionsweisen und Konsumverhalten zu ändern.

Papst Franziskus

Ein Idiot, der griechische Philosophen zitiert, ist immer noch ein Idiot.

Das Känguru



Zahlen oder nicht zahlen?

Der Kirchgeldbescheid unter der Lupe - ein Bericht von Matthias Söhlke

Einmal jährlich erhalten Mitglieder der Katholischen Kirche in Fulda Post vom Kirchengemeindeverband. Darin enthalten ein Überweisungsbeleg, eine offizielle Aufforderung zur Zahlung des Kirchgeldes sowie eine Widerspruchsbekundung. Doch was hat es mit diesem Kirchgeld auf sich und warum sollen Katholikinnen und Katholiken neben der monatlich vom Staat eingezogenen Kirchensteuer noch weiteres Geld bezahlen? Eine Spurensuche im Finanzdickicht der Kirche.

Um eine Erkenntnis gleich vorweg zu nehmen: nicht jeder, der einen Kirchgeldbescheid erhält, muss diesen Betrag auch zahlen. Doch eins nach dem anderen. Die beiden großen Kirchen in Deutschland sind finanziell weich gebettet. Die Steuer zieht der Staat ein und verteilt sie, kirchliche Besitztümer und Konzernbeteiligungen werfen horrenden Renditen ab und ein Großteil des kirchlichen Personals wird aus staatlichen Mitteln bezahlt. So weit, so bekannt. Was die Kirchen mit all den jährlichen Milliarden machen, bleibt oft im Dunkeln verborgen. Man müsste meinen, das Geld reiche locker für die sozialen und karitativen Aufgaben der Kirchen. Wozu braucht es dann noch weitere Zahlungen wie das Kirchgeld?

Bundesweit wird das Kirchgeld nur von einem geringen Teil der Kirchengemeinden erhoben. Aber einige evangelische Gemeinden, hauptsächlich aber katholische Gemeinden nutzen diese Möglichkeit ihre Schäfchen zur Kasse zu bitten. In Fulda ist es ausschließlich der Katholische Kirchengemeindeverband, der als lokaler Zusammenschluss der Pfarreien die Hand aufhält. Die Einnahmen, so der Verband auf Nachfrage der AGORA, „werden nach Mitgliederzahlen an die einzelnen Pfarreien des Verbandes ausgezahlt.“ Es sind nach Aussage der Pfarreien „überpfarrliche Aufgaben“, die damit ausgeglichen werden.

Dass die Kirchensteuer zur Deckung dieser Aufgaben nicht ausreicht, legitimiert der Katholische Kirchengemeindeverband Fulda bereits im Einführungstext des Bescheides.

Das Kirchgeld werde unter anderem für die „Förderung der kirchlichen Büchereiarbeit, Caritasverband, Erwachsenen- und Jugendbildung, das Franziskaner-Kloster Frauenberg für Hilfen in der Seelsorge sowie Erhaltung kirchlicher Gebäude“ dringend gebraucht.

Als gesetzliche Grundlage dieser Forderung wird das „Gesetz über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz)“ vom 25. September 1968 angeführt. Außerdem dient die Kirchensteuerordnung für die Diözese Fulda, einstimmig vom Diözesankirchensteuerrat am 12. Dezember 1968 beschlossen und vier Tage später vom Hessischen Kultusminister bereits genehmigt, als Grund für den Anspruch. Doch was verbirgt sich hinter Gesetz und Verordnung?

Es bedarf einer grundsätzlich wichtigen Erklärung der Begrifflichkeit.

ten im Zusammenhang mit dem Kirchgeld, denn es gibt zwei unterschiedliche Arten dieses Kirchensteuerparagrafen; siehe Infokasten). Bei dem in Fulda versandten Brief handelt es sich um das „allgemeine Kirchgeld“ (Ortskirchensteuer), „das die Gemeindefkirchen als Ersatz für entgangene Kirchensteuer aufgrund zu geringer Einkünfte des Kirchenangehörigen erheben dürfen“ (steuernetz.de). Mit anderen Worten: wer wenig bis keine Kirchensteuer zahlen muss, wird lokal nochmal geschöpft, damit die Kirche hier keinen Verlust erleidet.

Die eingezogene Kirchensteuer wird nach rechnerischen Schlüsseln auf die Diözesen verteilt, die wiederum die weitere Verwendung der Steuergelder verwalten. „Da der Finanzbedarf unserer Kirchengemeinden [...] nicht voll gedeckt werden kann, sind die Gemeinden [...] auf die Erhebung des Kirchgeldes angewiesen“, so liest es sich im Bescheid. Ob bei der Verwendung der Kirchensteuereinnahmen die richtige Prioritätensetzung bei den Ausgaben besteht, oder ob es eine tatsächliche Unterfinanzierung der kirchlichen Basisarbeit gibt, sei mal dahin gestellt. Es ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn die Kirchengemeinde zur Deckung durchaus wichtiger Aufgaben wie Seelsorge, karitativer Zwecke und Gemeindefarbeit auf zusätzliche Gelder ihrer Angehörigen angewiesen ist. Die Einforderung des Kirchgeldes scheint hier der einfachere Weg zu sein, das Kirchengeld wird stellenweise doppelt mit Zahlungen belastet.

Ob Zahlungspflicht oder nicht, lässt Mitglieder der Katholischen Kirche in Fulda unsicher sein, zumal sich der Kirchgeldbescheid wie eine pflichtgemäße Weisung einer oberen Finanzbehörde liest, der man unbedingt nachzukommen habe. In der Widerspruchserklärung wird von „Verpflichtung zur Zahlung“ gesprochen. Bestes Amtsdeutsch hinterlässt den Eindruck, die Zahlung sei ein gesetzliches Muss. Doch so eindeutig, wie es den Worten nach klingt, ist die Verpflichtung nicht.

Das allgemeine Kirchgeld („Ortskirchensteuer“)

Beim allgemeinen Kirchgeld ist es den hessischen Kirchen gemäß Kirchensteuergesetz vom 25. September 1968 gestattet, zusätzlich zur bereits gezahlten Kirchensteuer eine jährliche Gebühr ihrer Kirchenmitglieder einzufordern. Diese richtet sich nach dem (tatsächlichen oder vermuteten) Jahresbruttoeinkommen und reicht in der Diözese Fulda von 4,- € (0,- € mit Kindern) bei einem Jahresbruttoeinkommen zwischen 7.000 - 10.000 € bis hin zu 35,- € (30,- € mit Kindern) bei einem Einkommen ab 35.001 € jährlich. Unter 7.000 € ist man automatisch befreit, ebenso wie Empfänger von Sozialhilfe, Jugendliche und Personen ohne eigenes Einkommen. Den Kirchengemeinden in Hessen ist freigestellt, diese Gebühr zu erheben. Eine Weisung durch den Gesetzgeber gibt es nicht. In Fulda hält nur der Katholische Kirchengemeindeverband als Zusammenschluss der Pfarreien die Hand auf, die evangelische Kirche verlangt dieses Kirchgeld nicht.

Rechtlich gesehen haben die Verbände die Möglichkeit, das Kirchgeld einzufordern. Hier sieht sich auch der Katholische Kirchengemeindeverband Fulda im Recht. Er weist darauf hin, dass das Kirchgeld „keine freiwillige Abgabe“ sei. Das Recht der Forderung aber bedeutet nicht unbedingt die Pflicht zur Zahlung. Man muss ziemlich tief in den Paragraphensdickicht eintauchen, um festzustellen, ob es sich bei der Ortskirchensteuer wirklich um eine zusätzliche Pflichtabgabe an die Gemeinde handelt. Die Zahlung des Kirchgeldes ist Bestandteil des Kirchensteuergesetzes, somit sind Kirchensteuer und Kirchgeld miteinander verrechenbar. Einfacher gesagt muss der kein Kirchgeld zahlen, der die Kirchensteuer bereits vom Lohn abgezogen bekommen hat. Eine Tatsache, die leider so nicht im Bescheid steht, denn in diesem wird lediglich darauf hingewiesen, „dass Ihre Kirchengeldzahlung zu den abzugsfähigen Sonderausgaben gehört“.

Welche Schlussfolgerungen bleiben daraus? Da wäre die Transparenz, die der Verband von sich aus bereits im Bescheid herstellen könnte. Das Kirchengeld hat zumindest das moralische Recht auf umfassende Informationen zu dieser Sonderzahlung und ihrem rechtlichen Status. Auch bedarf es einer größeren Transparenz im Umgang mit diesen Geldern. Der Haushaltsplan sowie die Haushaltsrechnung werden nach Aussage des Katholischen Kirchengemeindeverbandes für zwei Wochen zur Einsicht in der Geschäftsstelle ausgelegt, der Termin wird von den einzelnen Pfarreien des Verbandes bekannt gegeben. Doch warum weist man nicht bereits im Kirchgeldbescheid auf die Möglichkeit der Einsicht in den Haushaltsplan hin, wenn grundlegend bekannt ist, dass Transparenz die Glaubwürdigkeit immer erhöht? Und natürlich, das darf nicht vergessen werden, bleibt der Umgang mit Sonderzahlungen an die Kirche jedem einzelnen Kirchenmitglied überlassen.

Das besondere Kirchgeld

Das „besondere Kirchgeld“ kann von der Kirchengemeinde erhoben werden, wenn der Kirche Steuereinnahmen verloren gehen, weil der Allein- oder Hauptverdiener in einer klassischen Familie keiner Religionsgemeinschaft angehört oder ausgetreten ist (Stichwort: glaubensverschiedene Ehe). In diesem Fall muss dieser keine Kirchensteuer zahlen und der Kirche entgehen hier die Beiträge des anderen Familienmitgliedes, das noch der Kirche angehört. Dieser Allein- oder Hauptverdiener kann dann über die Möglichkeit des „besonderen Kirchgeldes“ doch noch zur Zahlung herangezogen werden, sofern die örtliche Kirchengemeinde einen Beschluss gefasst haben sollte.



Foto: Reschensee mit Kirchturm, wikipedia.org

Europe will never be the same again

#ThisIsACoup - Ein Statement des Vorstandes des ISM

Nach beinahe 7 Jahren der Austerität, der Erniedrigung und der Zerstörung von Hoffnungen und Träumen haben die Griech*innen am 5. Juli ihre Wahl getroffen: eindrucksvoll, unmissverständlich, einmütig. Sie haben mit ihrem OXI geantwortet, obwohl man sie zu verschrecken und einzuschüchtern suchte: mit einer internationalen Medienkampagne, dem angedrohten Euro-Rauswurf, der Angst.

Die Vergessenen und Ausgeschlossenen haben ihrer Angst getrotzt und ihrer Hoffnung, ihren eigenen Sorgen und ihren eigenen Gefühlen Ausdruck verliehen. Sie haben gesagt, dass sie dieses Leben und diese Memoranden nicht mehr ertragen.

Der im Referendum noch einmal bestätigte griechische Aufbruch wurde mit einem Staatsstreich von außen beendet. Jede und jeder hat das gesehen und weiß es. Das geschah nicht aus ökonomischen, sondern allein aus politischen Gründen: Athen durfte und darf nicht zum Beispiel eines demokratischen Bruchs mit der Austerität werden, Athen darf kein Beispiel für Madrid, Dublin, Glasgow, auch nicht für Rom, und Paris werden. Dass der politische Angriff mit der Plünderung der Restbestände öffentlichen Eigentums durch eine jetzt in Brüssel etablierte Treuhänder verbunden werden kann, ist natürlich hochwillkommen: Die Partei Schäuble fügt die Verzweiflung von Millionen leichter Hand mit den Milliarden der Wenigen zusammen. Hauptsache aber ist, dass Ruhe herrscht, wie 1973 in Chile. Die Inhaftierung Tausender kommentierte der damalige CDU-Generalsekretär bekanntlich mit den Worten: „Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm.“ Wir haben das nicht vergessen.

Die Schwelle ist überschritten. Was Merkel und Schäuble am Verhandlungstisch durchsetzten, wurde von der SPD unterstützt und bleibt von der europäischen Sozialdemokratie unwiderrspochen. Ihr historischer Niedergang wird weitergehen. Den Abgang hat sie selbst besorgt, uns bleibt, ihn zur Kenntnis zu nehmen. Die Schwelle ist überschritten: Zeit für einen Neuanfang. Spätestens mit dem zurück liegende Wochenende sind Hunderte, ja Tausende aus jahrelangen Bindungen entlassen worden. Orte für den Neuanfang gibt es viele, wo er unternommen wird, liegt bei denen, die mit ihm beginnen: Er kann auch dort begonnen werden, wo man sich noch aufhält, wo man von nun an in anderer Weise weitermacht, mit Weggefährt*innen langer Jahre, in Anerkennung allerdings der Tatsache, dass die Schwelle überschritten wurde. Wichtig ist, dass die Versuche, die jede und jeder jetzt in dieser Lage erproben wird, letzten Endes zusammenfließen, sich zu einem vielstimmigen, doch gemeinsamen Versuch fügen. Das Gemeinsame lässt sich benennen: Es geht um den definitiven Bruch mit dem Neoliberalismus, mit der marktkonformen Demokratie, mit dem Ausgriff des hässlichen Deutschland auf den ganzen Kontinent. Es geht um die Wiederkehr des Politischen gegen den Amoklauf der Ökonomie.

Eine erste Bedingung des Neubeginns ist Öffentlichkeit. Auch der Niedergang der Medien hat die Schwelle überschritten. Deshalb reichen „Diskursverschiebungen“ nicht mehr aus, weder in der veröffentlichten Meinung, noch in den verschiedenen Gliederungen der Partei Schäuble und des hässlichen Deutschland. Wir brauchen die Sammlung des Widerspruchs: gegen das Zertreten der griechischen (und nicht nur der griechischen) Demokratie, gegen den Ermächtigungserlass für Troika und IWF, gegen das TTIP-Abkommen, gegen das neue wie das alte Asylgesetz und die Vorratsdatenspeicherung, gegen das Tarifeinheitsgesetz, gegen die Rücknahme der Energiepreise und gegen das Projekt, das alle diese Angriffe zu einem einzigen Angriff zusammenfügt. In Verteidigung der Demokratie, in Verteidigung Europas, in Verteidigung der Solidarität.

Die Risse dürfen nicht zugedeckt, sondern müssen vergrößert werden. Seinen Bruch findet jede und jeder selbst, wir wollen niemandem vorschreiben, wie er auszusehen hat. Aber wir brauchen jetzt einen neuen Raum, um von vorne anzufangen. Einen Gegenraum. Wir meinen, was wir sagen, und wir sind überzeugt, dass sich unser „Nein“ mit dem vieler anderen trifft und zum gemeinsamen „Ja!“ versammelt werden kann.

Nehmen wir uns dazu die Zeit, aber jetzt. Halten wir fest: Die Schwelle ist überschritten.

#ThisIsACoup

Der Vorstand des ISM
(Institut Solidarische Moderne)

Das Institut Solidarische Moderne (ISM) ist ein Think Tank von Politikern der LINKEN, GRÜNEN und SPD.

Nähere Infos darüber finden Sie unter:
www.solidarische-moderne.de

Freihandel bedroht alles, was uns am Herzen liegt

Ein Gastbeitrag von Amata Schneider-Ludorff

Gyekye Tanoh vom Third World Network interpretierte Freihandel als globale Strategie, Bürgerinnen und Bürger zu entmachten – egal ob in Afrika, in Europa oder anderswo.

Die Nachricht, die Gyekye Tanoh von der afrikanischen Sektion des Third World Networks den gut 40 Interessierten im Felsenkeller am 7. Oktober zu den von der Europäischen Union forcierten EPAs (Economic Partnership Agreements) überbrachte, war nicht gut: Hauptziel der beschönigend Wirtschaftspartnerschaftsabkommen genannten Freihandelsverträge ist es, europäischen Firmen einen möglichst ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten der AKP-Staaten zu verschaffen – also Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums, die in der Vergangenheit fast ausnahmslos Kolonien europäischer Länder waren. In dem Vortrag, der als Teil der von Attac Deutschland in Kooperation mit Brot für die Welt organisierten Stop-EPA-Tour in Fulda Station machte, stellte Tanoh immer wieder heraus, dass die Handelspolitik der EU insbesondere gegenüber afrikanischen Ländern gerade nicht geeignet ist, deren wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Vielmehr ist sie in einer langen Tradition zu sehen, in der Europa in Afrika nach Belieben schaltete und waltete.

In seiner Einführung betonte Werner Raetz vom Attac Rat, dass die ersten Freihandelsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Ländern des Südens noch davon geprägt waren, so etwas wie Schuld und Verantwortung für die Kolonialzeit, „eine Zeit unbegrenzten Reichtumstransfers aus den Kolonien in die europäischen Länder“ anzuerkennen. Daher ermöglichten erste Abkommen wie das von Yaoundé 1963 den beteiligten Staaten freien Marktzugang zu Ländern der EWG, „ohne dass sie ihrerseits ihre Märkte für europäische Produkte öffnen mussten“. Dennoch

enthielten die Freihandelsverträge von Beginn an einen Verselbständigungsmechanismus, da jedes Abkommen so formuliert war,

dass weitere folgen mussten: „Freihandel hört nicht mehr auf.“ Wo aber bei den frühen Abkommen noch Entwicklungszielen zumindest verbal Rechnung getragen worden war, geht es für Redner Gyekye Tanoh bei den jetzt in der Ratifizierungsphase befindlichen EPAs um etwas ganz ähnliches wie beim geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP), gegen das am 10. Oktober über 250 000 Menschen in Berlin demonstrierten. Gerade der Widerstand gegen TTIP mache sichtbar, dass auch die EPAs Teil eines globalen Prozesses sind und Bürgerinnen und Bürger überall erkennen müssen, dass sie gemeinsame Interessen haben: „Gegenwärtig wird die Welt durch Freihandel umstrukturiert, um transnationalen Firmen, die ihren Sitz meist in den wirtschaftlich führenden Weltregionen haben, mehr Kontrolle über alle Aspekte unseres Lebens zu geben.“

Genau wie in Europa, wo TTIP-Gegner schon lange kritisieren, dass das geplante Freihandelsabkommen demokratisch erstrittene Rechte Lohnabhängiger, Umwelt- und Sozialstandards sowie Verbraucherschutz unterminieren wird, so Tanoh, bedrohen die EPAs in Afrika „alles, was uns am Herzen liegt: Solidarität, Wohlfahrt, den Kampf gegen Armut und Demokratie.“ Afrikanische Länder, die EPAs ratifizieren, dürfen ihre Rohstoffexporte nicht mehr mit Zoll belegen, obwohl solche Zölle zu den Haupteinnahmequellen dieser Länder zählen. Zum Ausgleich bietet die EU Zahlungen aus einem Fonds an – aber nur im Tausch gegen die Bereitschaft, die Daseinsvorsorge für die eigene Bevölkerung zu beschneiden: zum Beispiel Wasserversorgung und Elektrizität zu privatisieren, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, die Besteuerung von informellen

Wirtschaftssektoren durchzusetzen oder hohe Gebühren für Gesundheitsversorgung einzuführen. Ein konkretes Beispiel für das, was afrikanische Länder in Zukunft verstärkt zu gewärtigen haben, war der Skandal um den Massenelexport von billigen Hühnerresten aus der EU in afrikanische Länder vom Beginn vergangenen Jahres, der in der Presse und im Fernsehen breit thematisiert wurde. Weil Hühnerreste zu Dumpingpreisen afrikanische Märkte überschwemmten, wurden dort kleine Hühnerzüchter, die preislich mit Restfleisch aus der industrialisierten Massentierhaltung nicht mehr konkurrieren konnten, ihre Produkte nicht mehr los. Bei einer Ratifizierung der EPAs werden voraussichtlich viele weitere Bereiche afrikanischer Märkte von solcher oft subventionierten Billigkonkurrenz überschwemmt werden – und noch mehr Menschen ihre Lebensgrundlagen verlieren.

Dass die Freihandelsverträge der EU afrikanische Staaten sogar schlechter Stellen als Länder in Lateinamerika und ihnen verwehrt, weiter innerhalb des sogenannten Allgemeinen Präferenzsystems (Generalized System of Preferences) die eigene Wirtschaft schützen zu dürfen, zeigt für Tanoh vor allem eins: „Afrika soll weiter Hinterhof und Einflussphäre der EU sein.“ Seit die von Deutschland 2007 auf den Weg gebrachte Rohstoffinitiative offizielle Politik der EU geworden ist, ist auch in öffentlichen Dokumenten der EU ganz explizit davon die Rede, dass es darum geht, sich langfristig Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen zu sichern und damit gleichzeitig den wachsenden Einfluss Chinas und der USA in Afrika zurückzudrängen.

Kein Wunder, dass sogar der Afrika-Beauftragte der Bundesregierung Günter Nooke kürzlich in der ARD EPAs mit den Worten kritisierte, „Man sollte mit Wirtschaftsverhandlungen nicht kaputt machen, was man auf der anderen Seite als Entwicklungsministerium versucht aufzubauen.“ So war folgerichtig, dass eine Zuhörerin in der an Tanohs Vortrag anschließenden Diskussion kritisch nachfragte, ob sogenannte Entwicklungshilfe eigentlich im Widerspruch zur Handelspolitik stehe oder eher bewusst als Feigenblatt eingesetzt werde. Gyekye Tanoh sah die Lage allerdings noch düsterer: Auf großen Fachkonferenzen der Entwicklungszusammenarbeit wie der Financing for Development Conference im Juli dieses Jahres in Addis Abeba werde nämlich ganz offen ausgesprochen, dass es gar nicht primär darum gehe, armen Ländern den Aufbau der eigenen Wirtschaft zu ermöglichen. Vielmehr werde ganz offen ausgesprochen, dass das Ziel sei, den Unternehmen der sogenannten Geberländer zu ermöglichen, einen Fuß in die Tür zu bekommen.



Fotomontage: AGORA
(Ursprungsbild: Frankfurter Börse, wikipedia.org)

Von Bars und Börsen

Ein Gastbeitrag von Fabian Hahner

Die Bar „El-Farol“ ist wohl die beliebteste Bar unter Mathematikern. Aber nicht etwa, weil diese sich dort gerne kollektiv betrinken, nein das tun Mathematiker für gewöhnlich eher selten, sondern wegen des nach ihr benannten „El-Farol-Bar-Problems“.

Denn El-Farol ist in der Tat eine sehr beliebte Bar. Dies führt mitunter zu Frustrationen, da der Andrang möglicherweise die Verfügbarkeit an Plätzen übersteigt. Und hier kommen die Mathematiker ins Spiel. Denn diese haben das Problem untersucht, mit der Absicht, einen Algorithmus zu finden, der ihnen helfen soll, sich einen unnötigen Versuch, in der Bar einen Sitzplatz zu bekommen, zu ersparen. So nehmen sie also z.B. an, die Bar hätte 150 Plätze und es gibt genau 301 Interessenten (301 damit es keinen Gleichstand geben kann). Und alle wollen nur genau das Eine, nämlich zur Bar zu gehen, wenn es nicht zu voll ist und ansonsten zu Hause zu bleiben. Mathematisch abstrahiert formuliert man das Problem so: Jedes Individuum trifft in jeder Runde eine Entscheidung aus zwei Möglichkeiten - hingehen oder daheimbleiben. Jedes mal, wenn das Individuum mit der Entscheidung in der Minderheit lag, erhält es einen Pluspunkt, denn zu der Minderheit zu gehören, bedeutet ja, entweder einen Platz zu bekommen, da die Bar mit weniger als 150 Menschen nicht voll ist, oder mit der Entscheidung zu Hause zu bleiben genau richtig zu liegen, da sich die Mehrheit - also zu viele Menschen für die verfügbaren Plätze - in der Bar befindet. Gehört man dagegen zur Mehrheit, bekommt man in der Theorie einen Minuspunkt.

Kurz gesagt, man sollte immer das tun, was die anderen nicht machen. Folgt man nun dem Standpunkt der klassisch liberalen Wirtschaftstheorie, die davon ausgeht, dass der Kunde streng rational handelt, kommt man schnell in ein Dilemma. Denn in unserem Beispiel erhalten alle Kunden dieselben Informationen und müssten so auch alle zu demselben Entschluss kommen. Mit dem Ergebnis, dass die Bar entweder immer voll oder immer komplett leer ist. Also sind alle immer unglücklich, in unserem Beispiel

würde sie ständig Minuspunkte erhalten.

Das Gemeinwohl indes, ist dann am größten, wenn möglichst viele Menschen glücklich sind. (Es werden die meisten Pluspunkte verteilt). Die Preisfrage lautet nun, wie man dies erreicht. Findige Mathematiker wollten dies herausfinden und haben die Entscheidungen der Individuen durch verschiedene Computerprogramme simuliert. Diese Programme laufen in etwa so ab: Jedes Individuum bekommt ein gewisses Repertoire an Strategien, die es verwenden kann. Von diesen Strategien wählt es jeweils die, mit welcher es im vergangenen Zeitraum den meisten Erfolg gehabt hätte (gehabt hat?). Der Programmierer variiert dabei das Gedächtnis, also die Menge an Informationen, die das Individuum zur Wahl seiner Strategie einbeziehen kann. Denn auch die Strategien und Erfahrungen sind von Person zu Person unterschiedlich.

Der theoretische Physiker Andrea Cavagna führte genau so eine Simulation durch. Jedoch ersetzte er

die Erinnerung an die vorherigen Runden, also die Erfahrungen und Anzahl von Strategien, durch für alle gleichen Nonsens. Interessant ist nun, was dann passierte, nämlich gar nichts! Insgesamt blieben die Resultate identisch zu den Computersimulationen, die bei der Entscheidungsfindung der Einzelnen unterschiedliche Vorerfahrungen und Fähigkeiten heranzogen.

Das ist sehr erstaunlich und führt zu weitreichenden Konsequenzen, wenn man diese Erkenntnisse z.B. auf die Börse überträgt. Dort findet man eine ähnliche Situation: Bezüglich einer Aktie, eines Derivats oder sonst eines Produkts wählt der Händler zwischen zwei Optionen (kaufen oder verkaufen) und er gewinnt, falls er zur Minderheit gehört. (Falls er verkauft und zur Minderheit gehört kann er einen höheren Preis erzielen; wenn er kauft einen niedrigeren). Seiner Entscheidung zugrunde liegen bestimmte Strategien (in Form von Analyseprogrammen) und welchem Programm er vertraut hängt von seiner früheren Erfahrung ab. Wie oben angeführt ist diese frühere Erfah-

rung jedoch vollkommen irrelevant, was ein neues Licht auf die Tätigkeit all jener wirft, die solche Entscheidungen treffen. Natürlich handelt es sich hier um ein stark vereinfachtes Modell und die Erkenntnisse sind nicht komplett übertragbar. Man kann sich jedoch grundsätzlich einmal fragen, wie viele kluge Köpfe man in einer Volkswirtschaft tatsächlich darauf verwenden sollte, Datensätze zu analysieren, um vermeintlich die beste Entscheidung zu treffen.

Und selbst die beste Entscheidung für die einen kann die schlechteste für die anderen sein: In den letzten Jahrzehnten ist der globale Finanzmarkt auf ein Volumen angewachsen, das so einige Fragen der Sinnhaftigkeit aufwirft. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln datiert allein das Volumen des Handels mit unregulierten Finanzprodukten auf etwa das zehnfache des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Diese Entwicklung wurde vorangetrieben zum einen durch die stetige Deregulierung der Finanzmärkte seit Mitte des 20. Jahrhunderts, dem scheinbar unermüdlichen Er-

findergeist zu immer neueren, komplizierten Finanzprodukten und nicht zuletzt durch den digitalen Wandel, der computergesteuerte Transaktionen in Millisekunden-schnelle ermöglicht und so schon minimale Kursschwankungen attraktiv für Spekulationen macht. Ich denke, es ist offensichtlich, dass eine hoch entwickelte Volkswirtschaft auch einen hoch entwickelten Finanzsektor benötigt. Dieser versorgt die Realwirtschaft mit Krediten und leistet so wichtigen Innovationen Vorschub. Gegenwärtig besteht jedoch die Situation, dass sich ein Großteil des Finanzsektors komplett von der Realwirtschaft abgekoppelt hat. Dies ist eine Entwicklung die in vielerlei Hinsicht volkswirtschaftlich schädlich ist. Erstens geht von diesen Märkten ein immenses Krisenpotential aus, wie nicht zuletzt die Finanzkrise von 2008 gezeigt hat. Zweitens sind die Geschäfte meist rein spekulativer Natur, ohne dahinterstehendes realwirtschaftliches Interesse. Im Endeffekt also eine Wette auf den Preis eines Produkts, ohne dass sich jemand je für das Produkt selber interessiert hätte. Das ist schädlich, weil hier nicht wie bei klassischen Finanzinvestitionen Kapital in die Wirtschaft fließt, sondern nur Vermögen verschoben wird. Zu guter Letzt werden massiv volkswirtschaftliche Ressourcen für eine Art virtuelle Wertschöpfung mobilisiert, die keinen realen Wohlstandsgewinn erzeugt (außer für einige wenige, denen ermöglicht wird mit Geld noch mehr Geld zu verdienen).

Man kann abschließend feststellen: Eine beträchtliche Anzahl von Mathematikern, Informatikern und Physikern wird von Investmentbanken dazu eingesetzt, Datensätze von Kursverläufen zu analysieren und Programme zu schreiben, die dann die vermeintlich beste Kaufempfehlung ausgeben, obwohl das Experiment oben zeigt, dass Strategie und Erfahrung für die richtige Entweder-Oder-Entscheidung letztlich irrelevant sind.

Eine Verschwendung kluger Köpfe also, die an anderer Stelle wirklich etwas bewegen könnten - und wenn sie nur dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen einen Platz in ihrer Lieblingsbar finden.



*"In letzter Zeit arbeitet mein Geld nicht gut."
"Du solltest es entlassen."*

„Anlegersorgen“ - Karikatur: K. Plagemann

„Stille Macht“

Die Berliner Compagnie war im KUZ Kreuz

Am Sonntag 29.11.2015 fand im KUZ Kreuz als Abschluss einer Deutschlandtournee mit 19 Auftritten eine Aufführung des Stückes „Stille Macht“ statt. Den Schauspielern der politischen Theatertruppe, die bereits im Jahr 2009 für ihr Engagement mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurden, gelang es, das Publikum in die Welt des Theaters zu entführen. Die aktuelle Komödie „Stille Macht“, in der die Macht von Lobbyisten auf die Politik am Beispiel des relativ unbekannt bilateralen Handelsabkommens mit Indien thematisiert wird, bot eine komödienthafte und dadurch leichtere Umsetzung für ein ernstes Thema.

Graue Anzüge und Kostüme in einem minimalistisch ausgestatteten Büro einer Lobbyagentur beherrschten das Bühnenbild. Ar-

beitsbesprechungen, Schlagabtausch der Argumente zur Vorbereitung einer Talk-Show, Telefon- und Skypekonferenzen bildeten den Rahmen der Handlung. Der Dialog mit Gesprächspartnern aus Zentralafrika, Pakistan, Indien und Kanada, die mit Hilfe von großformatigen Videosequenzen auf die Bühne gebracht wurden, zeigten die Motivationen und Skrupellosigkeit der Konzerne als Auftraggeber der Lobbyagentur auf. Die fleischlastige Ernährung und deren Zusammenhang mit Krebserkrankungen, Waffenexporte in Drittweltländer für Kindersoldaten, Tabakwerbung und die Verschleierung von gesundheitlichen Folgen von Tabakkonsum, Absenkung bisheriger Standards im gemeinsamen Wirtschaftsraum wurden szenisch bearbeitet und dadurch aufgedeckt. Fazit: Allein durch engagiertes Han-

deln Einzelner oder durch den massenhaften Protest der Bürgerinnen und Bürger ist eine Gegenkraft möglich, um dieser „Stillen Macht“ zu begegnen.

Um ein möglichst breites Publikum zu erreichen, wurde der Eintritt von der veranstaltenden attac Gruppe für alle Besucher kostenfrei gestaltet. Dieses Konzept eines solidarischen Eintritts wurde bereits bei vorangegangenen Veranstaltungen erfolgreich durchgeführt. Eine große Zahl von Organisationen bildeten eine Kooperation zur Deckung der Kosten des Abends. Neben attac und dem KUZ Kreuz waren dies die KAB Diözesanverband Fulda, BUND, Katholischer Fonds, Klimabündnis, DGB KV Fulda, AG Arbeit und Leben, verdi OV Fulda+Lauterbach FB 08, verdi Fachbereich 09 und der Weltladen.



Szenen-Foto: Berliner Compagnie

Mit kleinen Sonnen zum großen Ziel

Der Künstler Ólafur Elíasson will saubere und günstige Energie in Weltregionen ohne konstante Stromversorgung bringen – Ein Gastbeitrag von Petra Hannen

Ólafur Elíasson denkt gerne groß. Der in Island geborene Künstler, der in Berlin und Kopenhagen lebt und arbeitet, sorgte schon häufig mit seinen raumgreifenden Installationen für Aufsehen. An verschiedenen Orten der Welt färbte er das Wasser großer Flüsse mit (ungiftigen) Farbstoffen ein, installierte einen künstlichen Wasserfall unter der New Yorker Brooklyn Bridge und vernebelt täglich zur Abenddämmerung die Fassade der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG in Wien. In seinem Berliner Studio sind mehrere Dutzend Mitarbeiter mit der Umsetzung seiner Entwürfe beschäftigt.

Auch die Initiative Little Sun, die Elíasson seit 2012 gemeinsam mit Ingenieur Frederik Ottesen vorantreibt, ist nur auf den ersten Blick klein. Erstes Produkt der Initiative ist eine gelbe LED-Lampe aus Kunststoff in Form einer Sonnenblume, deren Akku mit Hilfe von Solarzellen auf der Rückseite gespeist werden – nach fünf Stunden Sonnenlicht leuchtet Little Sun entweder fünf Stunden mit ganzer oder zehn Stunden mit halber Kraft. Mit der kleinen Lampe verfolgt Elíasson ein großes Ziel: Bis zum Jahr 2020 soll sie 50 Millionen mal verkauft werden und Licht zu Menschen bringen, die noch immer ohne Stromversorgung leben. 300.000 Exemplare hat Little Sun bereits weltweit verkauft, etwa die Hälfte davon in der sogenannten dritten Welt – dort subventionieren die in den Industrieländern erzielten Erlöse den Verkaufspreis, um die

Solarleuchten lokal erschwinglich zu machen. Elíasson sieht in den „kleinen Sonnen“ nicht nur eine saubere Alternative zu Kerosinlampen sowie anderen giftigen und teuren Lichtquellen auf Basis fossiler Brennstoffe. Die Initiative sei auch eine Möglichkeit, mittels langfristiger Vertriebspartnerschaften vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen und lokale Gewinne zu erwirtschaften. Das zweite Produkt, Little Sun Charge, ergänzt jetzt die mit Solarzellen und Akkus betriebene LED-Leuchte mit einer Ladefunktion für Handys und Smartphones. Anfang September 2015 initiierte Elíasson eine Crowdfunding-Kampagne über die Plattform Kickstarter, um 50.000 Euro für den Produktionsstart zu sammeln. Innerhalb kurzer Zeit machten 2.080 Unterstützer mit 265.448 Euro die Verwirklichung des Projekts möglich, seit dem 7. Oktober ist das netzunabhängige Ladegerät erhältlich. Auch die Einnahmen aus dem Verkauf des Little Sun Charge sollen junge Unternehmer vor allem in Afrika unterstützen, die mit dem Verkauf der Little-Sun-Produkte ihren Lebensunterhalt aufbessern und nachhaltige Energie in Regionen ohne Strom bringen. Die Initiatoren sind sicher, dass Little Sun Charge dort den Alltag fühlbar verändern kann; gerade für Menschen in ländlichen Regionen seien Handys für die Kommunikation unersetzlich. Elíasson: „Little Sun Charge lädt dein Handy mit der Sonne – power dich und verbindet dich. Und wenn wir verbunden sind, können wir gemeinsam etwas bewegen.“



Foto: Michael Tsegaye © 2012 Little Sun

Für die Energiewende sind nicht nur große Erneuerbare-Energien-Kraftwerke entscheidend, sondern auch vielfältige, auf den ersten Blick kleine oder auch verrückt anmutende Initiativen und Ideen. Gerade Solarzellen sind inzwischen billig und omnipräsent – auf Fahr- und Flugzeugen, Kunstinstallationen und Sportstätten, Gadgets und Medizintechnik.

35 weitere Anwendungen stellt die Journalistin Petra Hannen in ihrem E-Book „Ich sag WAU zur PV – Geschichten von Sonne und Strom“ vor, das in verschiedenen Formaten bei den meisten E-Book-Anbietern erhältlich ist.

Im Internet: www.littlesun.com www.olafureliasson.net

Sieben Wege, um das eigene Klimakonto zu entlasten

Vom 30. November bis zum 11. Dezember verhandelt die Staatengemeinschaft in Paris über ein verbindliches Klimaschutzabkommen. Einen Beitrag zum Klimaschutz können Verbraucher aber auch jeder Zeit in ihrem Alltag leisten. Die Agentur für Erneuerbare Energien nennt die sieben wichtigsten Mittel und Wege, um das eigene Klimakonto zu entlasten.

1. Eigenen Verbrauch kennen

Die privaten Haushalte in Deutschland verbrauchten im Jahr 2013 rund 723 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Energie. Das entsprach einem Anteil von 28 Prozent am gesamten Endenergieverbrauch. Die privaten Haushalte benötigten dabei 69 Prozent der Energie für die Heizung, 15 Prozent für Warmwasser, sechs Prozent fürs Kochen, vier Prozent für Kühl- und Kälteanlagen, vier Prozent für Informations- und Kommunikationstechnologien, zwei Prozent für die Beleuchtung sowie weniger als ein Prozent für sonstige Elektrogeräte. „Wer seinen Wärme- und Stromverbrauch kennt, kann nachvollziehen, welchen Einfluss neue Geräte oder Verhaltensänderungen auf den eigenen Verbrauch haben“, erklärt Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien. „Das ist der erste, ganz wesentliche Schritt zum Energiesparen.“

Hinweis: Mit dem Online- „Energiesparkonto“ von co2online können Verbraucher ihren Energieverbrauch im Blick behalten: www.energiesparkonto.de

2. Wärmebedarf senken

Rund 40 Prozent des Energieverbrauchs entfallen auf den Gebäudebereich. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2050 einen „klimaneutralen Gebäudebestand“ zu erreichen, gelingt nur mit energetischen Sanierungen bzw. Modernisierungen. Je nach Haustyp und Geldbeutel sieht der Sanierungsfahrplan für jedes Haus anders aus. Dafür stehen zahlreiche Finanzierungsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung. Hilfe bei der Planung der Energiewende in den eigenen vier Wänden gibt ein zertifizierter Energieberater. Hinweis: Einen Energieberater in ihre Nähe finden Verbraucher über das Deutsche Energieberater-Netzwerk: <http://den-ev.de>.

3. Alte Ölheizung gegen Erneuerbare-Energien-Heizung tauschen

Rund 70 Prozent der 20,7 Millionen Heizungen, die deutsche Wohnungen und Häuser mit Wärme versorgen, entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. Die benötigte Wärme wird dabei weitgehend aus fossilen Brennstoffen gewonnen. Mit dem Umstieg auf eine Heizung auf Basis Erneuerbarer Energien bringen Verbraucher die Energiewende im Heizungskeller voran. Verschiedene Erneuerbare-Technologien stehen für den Umstieg auf eine saubere Wärmeversorgung zur Verfügung: Solarthermie, Holzbrennstoffe, Erd- und Umweltwärme, Wärmepumpen und Biogas. Seit 1. April 2015 fördert das Bundeswirtschaftsministerium den Wechsel mit verbesserten Konditionen

im Marktanzreizprogramm (MAP). Einen Überblick über das Marktanzreizprogramm liefert das Bundeswirtschaftsministerium: Short-Link: <http://goo.gl/QWxRCz>

4. Zum Ökoenergieanbieter wechseln

Wer es noch nicht getan hat, sollte zu einem zertifizierten Ökostromanbieter wechseln. Die Wahl sollte auf einen Anbieter fallen, der sich zu Investitionen in regenerative Energien und zur Modernisierung des eigenen Erneuerbare-Energien-Anlagenparks verpflichtet. In Deutschland erkennen Verbraucher solche Anbieter zum Beispiel am OK-Power-Label und dem Grüner-Strom-Label. Beide Kennzeichen werden von Umwelt- und Naturschutzorganisationen sowie Verbraucherzentralen getragen. Mieter von Wohnungen haben meist keinen Einfluss darauf, welche Heizungsanlage der Wohnungsbesitzer einsetzt. Wird die Wohnung allerdings mit einer Gasheizung geheizt, können Mieter den Gaslieferanten auswählen. Aus Sicht des Klimaschutzes macht es Sinn, hier auf einen Öko-Gasanbieter zu setzen.

5. In Erneuerbare Energien investieren

Wer eine Energieerzeugungsanlage etwa auf Basis regenerativer Quellen errichtet, nimmt die Energiewende selbst in die Hand. Wollen Verbraucher Ökostrom produzieren, ohne selbst eine Anlage zu bauen, besteht die Möglichkeit, eine Anlage zu pachten oder eine geeignete Fläche zu verpachten.

Für einen bestimmten Grundpreis nutzen Haushalte auf diese Weise zum Beispiel den Sonnenstrom von eigenem Dach, vermeiden jedoch die Anschaffungskosten und müssen sich nicht mit Installation und Betriebsführung beschäftigen. Auch andere Investitionen in Erneuerbare Energien sind möglich, so z.B. in Bürgerenergieanlagen. Das sind meist Windräder, Solar- oder Biogasanlagen, die von einer Gemeinschaft von Bürgern betrieben werden. Mehr Informationen über das Thema Bürgerenergie nach dem Short-Link: <http://goo.gl/RhUzF7>

6. Eigenverbrauch erhöhen

Wer eine eigene oder gepachtete Photovoltaikanlage besitzt, kann durch den Einsatz eines Batteriespeichers den Anteil des selbst genutzten Stroms deutlich erhöhen. Batteriespeicher machen es möglich, den mittags erzeugten Strom für die Zeiten mit höherem Eigenverbrauch in den Abendstunden und am Morgen zu verlagern. Die bundeseigene KfW-Bank fördert die Installation einer Photovoltaik-Anlage und eines Batteriespeichers mit einem zinsgünstigen Darlehen. Zusätzlich werden bis zu 30 Prozent der Anschaffungskosten als Tilgungszuschuss übernommen. Auch nachträglich eingebaute Speicher werden gefördert, allerdings darf die zugehörige Photovoltaik-Anlage nicht vor dem 1.1.2013 in Betrieb gegangen sein. Das Förderprogramm läuft allerdings nur noch bis Ende 2015. Mehr Informationen zur KfW-Förderung für Batteriespeicher unter: Short-Link: <http://goo.gl/DFZDac>

7. Klimafreundlicher mobil sein

80 Prozent aller Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) des Verkehrssektors werden auf der Straße emittiert. Personenkraftfahrzeuge (Pkw) und Motorräder verursachten 2010 rund 128 Millionen Tonnen CO₂, Lastkraftwagen 51 Millionen Tonnen CO₂. Der Schienenverkehr machte vier Prozent der CO₂-Emissionen des Verkehrs aus. Für die 550 Kilometer lange Strecke von Berlin nach Frankfurt/Main bedeutet das: Legt eine Person die Strecke mit dem Flugzeug zurück, werden 126 kg Treibhausgas ausgestoßen. Nutzt eine Person für die Strecke das Auto, werden 78 Kilogramm CO₂ verursacht. Die Zugfahrt einer Person von Berlin nach Frankfurt/Main emittiert 25 Kilogramm CO₂. Verbraucher, die ihre Verkehrswege klimafreundlicher gestalten wollen, sollten die besonders treibhausgasintensiven Flugreisen möglichst vermeiden und stärker auf öffentliche Verkehrsmittel setzen. Wer auf den Pkw angewiesen ist, kann Carsharing betreiben, Elektrofahrzeuge nutzen oder Pkw fahren, die komplett oder nahezu vollständig mit Biokraftstoffen betankt werden können. Bei E-Fahrzeugen ist darauf zu achten, dass der Strom aus Erneuerbaren Energien stammt – eine Fahrt mit dem durchschnittlichen deutschen Strommix bringt trotz Elektroantrieb noch keinen Klimaschutzgewinn.

Pressemitteilung der AGENTUR FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN vom 24.11.2015

Was ist los in Griechenland?

Ein Gastbeitrag von Dr. Wolfgang Hautumm

Im Sommer berichtete die Agora über Griechenland und die Hilfsaktion „Wir-helfen-Hellas.de“. Was ist seitdem geschehen?

Griechenland ist inzwischen aus dem Focus der deutschen Medien nahezu vollständig verschwunden. Journalistisch gibt es offensichtlich nichts zu holen im Moment. Nach der vernichteten Kampagne - nahezu unisono von der gesamten deutschen Medienlandschaft von der Bildzeitung bis zu Günther Jauch geführt -, in der das Land in Grund und Boden geschrieben worden ist, ist jetzt Ruhe eingeleitet. Zwar gibt es inzwischen einzelne selbstkritischen Stimmen, die zugeben, dass es nicht rechtens war, wie vorgegangen wurde, aber das Kind ist in den Brunnen gefallen und nicht mehr zu retten. Immerhin, das Ziel ist erreicht: Varoufakis ist zurückgetreten, Tsipras hat unterschrieben, die Banken sind gerettet, Deutschland hat gut verdient, Griechenlandurlaube werden billiger und die „linken Revoluzzer“ in Griechenland haben resigniert... Bravo Europa!

Warum hat Tsipras nach dem Referendum die Vorgaben der Institutionen unterschrieben? Eine schlüssige Erklärung ist mir dafür nicht bekannt. Es gibt Stimmen, die sagen, seine Familie sei bedroht worden, andere berichten von einem Zusammenbruch. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass die Situation im Lande sich täglich verschlimmert. Es werden viele neue Steuern geschaffen und auch die Mehrwertsteuer ist bis auf 26 % für einzelne Produkte erhöht worden. Die Menschen haben das Vertrauen in die Banken völlig verloren, was sich u.a. daran zeigt, dass kaum jemand mehr Geld einzahlt. Denn er weiß ja nicht, ob er es jemals wieder abheben kann. Also behält man derzeit alle Einnahmen zuhause unter dem Kopfkissen. Das führt u.a. dazu, dass die Einbrüche zunehmen. Der 50 Milliarden Sicherheitsfond der Institutionen wird derzeit mit dem griechischen Tafelsilber gefüllt: die 16 profitablen Flughäfen im Land werden an die Fraport gehen, Naturschutzgebiete werden aufgelöst und können endlich bebaut werden, alles was Profit bringt, geht in fremde Hände. So u.a. auch die riesige Goldmine in Griechenlands Norden, die bereits von den Vorgängerregierungen für nur 11 Millionen verkauft wurde und jetzt der kanadischen Eldorado Gold gehört. Geschätzter Ertrag: Gold im Wert von 11 Milliarden \$.

(Der Betrieb ruht im Moment, denn es gibt Klagen wegen Korruption vor dem Europäischen Gerichtshof.) Auch der Hafen Piräus ist inzwischen an die Chinesen verkauft. Weiteres Tafelsilber wird gesucht. Bravo Europa!

Der Ramsch bleibt bei den Griechen! Sollen sie doch ihre Pleite selbst verwalten! Diese faulen Säcke! Wer nicht hören will, muss fühlen! Das ist gute deutsche Erziehungsmethode. Jawoll! Und, jetzt müsste es doch aufwärts gehen, Herr Schäuble? Tut es aber nicht. Dumm gelaufen, die Austeritätstheorien funktionieren in der Praxis leider nicht. Man kann sich nämlich auch in den Hungertod sparen, Frau Merkel. Nachdem Gehälter und Renten drastisch gekürzt wurden, die Arbeitslosigkeit bei 35 % liegt, ein großer Teil der Bevölkerung keine Sozialleistungen mehr bekommt und keine Krankenversicherung mehr hat, wer soll dann noch etwas kaufen? Die Reichen? Die sind längst weg und kaufen auf der Kö, in Berlin, London und New York. In Griechenland schließen jetzt sogar Filialen von McDonalds und H&M, da ist wirklich nichts mehr zu holen.

Athen stirbt einen langsamen Tod...

4-5 Millionen Menschen wohnen in Athen und Piräus, fast die Hälfte der griechischen Bevölkerung. Es gibt kaum Hochhäuser, Athen braucht viel Fläche... Fährt man mit der Tram vom Syntagma-Platz in Richtung Voula und Sounion, scheint alles normal, aber nur auf den ersten Blick. Und dann sieht man immer mehr leerstehende Läden, geschlossene Geschäfte, viele Schilder mit der Aufschrift „zu vermieten“, „zu verkaufen“, man sieht sehr viel Renovierungsbedarf an den Häusern, Müll, man sieht Autos ohne Nummernschilder, unangemeldete Motorräder... und zwischendrin immer wieder Menschen in verwahrlostem Zustand, Frauen im schmutzigen Unterrock, Männer mit langen Bärten und zerzaustem Haar, denen schlicht das Geld für den Frisör fehlt. Man sieht kranke Menschen, Gebrechliche, Menschen, die jede Hoffnung auf ein lebenswertes Leben verloren haben. Dr. Giannaros vom Elpis-Krankenhaus hat es so formuliert: „Wenn man in Deutschland einen Hund in einem solchen Zustand fände, würden viele Menschen den Tierschutz rufen... hier sterben sie. Wir behandeln sie.

Wir behandeln jeden, ob schwarz, oder weiß, Flüchtling oder Grieche, mit oder ohne Krankenversicherung...“

Selbst auf dem Syntagma-Platz, in dessen Umgebung früher viele Cafés und Restaurants und gute Hotels gelegen waren, ist nicht mehr viel los. Auch hier viele Bettler und verwaiste Menschen, dazwischen auch einige Touristen, vor allem Jugendliche aus aller Herren Länder. Ihr größter Spaß: ein Selfie vor dem Parlament. Die Cafés sind verwaist, obwohl es Wochenende ist. Da, wo früher an solchen Tagen kein Platz zu ergattern war, ist heute gähnende Leere. Springbrunnen sind abgestellt, Grünanlagen ungepflegt, Fenster der Häuser nicht geputzt, vieles verfällt und verdreckt. Und dann die Tauben, die exponentiell zugenommen haben. Massenhaft Tauben, die jetzt ihren Dreck hier lassen. Aber auch die Tauben sehen schlecht aus, zerzaustes Gefieder, krank... Und zwischendrin wieder die Bettler und Gebrechlichen. Da macht es wenig Freude, sich niederzulassen und einen teuren Eisbecher zu bestellen. Es gibt wenig Hoffnung, dass die Läden, die noch in Betrieb sind, überleben werden... Und das war einst ein Vorzeigeviertel der Stadt. Trotzig steht das Hotel Grande Bretagne auf der linken Seite, der Portier in Uniform hat nichts zu tun. Auch hier scheinen die Gäste auszubleiben...

Ich bummele über die Panepistimiou, die Universitätsstraße hinunter Richtung Omonia-Platz. Bettler liegen auf der Straße. Überall Schäden von den Demonstrationen der vergangenen Monate. Wie war das alles proper 2004, im Jahr der Olympiade, als Athen den Höhepunkt der Stadtentwicklung erreicht hatte: alles mit Krediten der Banken, die jetzt die Rückzahlung fordern. Ich gehe weiter Richtung Omonia. In der Umgebung auch hier nur Verfall. Früher gab es in dieser Gegend teure Geschäfte, reiche Griechen kauften hier ein. Viele Läden sind bereits geschlossen, anderen steht dieses Schicksal unmittelbar bevor. Überall Anzeigen: Schlussverkauf - wir schließen. Und immer wieder verzweifelte Menschen, viele Alte, aber auch Kinder... Der Hunger wird hier sichtbar, bei den Menschen. Ich kaufe bei einem Bäcker Käsetaschen, verteile sie und etwas Geld an die bettelnden Menschen, die mir begegnen. Ist das Europa? Nein, mein Europa ist das nicht. Für dieses Europa schäme ich mich. (le-

sen sie mehr auf der Internetseite von wir-helfen-hellas.de)

Bericht über die Spendenaktion

Mit großer Dankbarkeit können wir berichten, dass unsere Hilfsaktion inzwischen fast 30.000 € an Geld- und Sachspenden erhalten hat. Ein großer Teil davon wurde inzwischen weitergegeben an

- das Krankenhaus Elpis in Athen,
- an die Kinderhilfsorganisation „Chamogelo tou pediou“ - „The smile of the child“
- und an die Unterstützung von Flüchtlingen auf Lesbos.

„The smile of the child“

Die nichtstaatliche Organisation (NGO) „The smile of the child“ betreibt seit 20 Jahren in ganz Griechenland ein Hilfsnetz für Kinder - vor 20 Jahren gegründet von dem krebserkrankten zehnjährigen Jungen Andreas. Ich besuche ein Kinderheim in Athen, betrieben von „The smile of the child“, wo Kinder aufwachsen, die nicht in ihrer Familie bleiben konnten. Hier arbeiten Sozialarbeiter, Psychologen, Kinderkrankenschwestern und Lehrer Hand in Hand. Die Kinder in den 14 Häusern, die über das ganze Land verteilt sind, sind im Alter von wenigen Monaten bis zu 18 Jahren, überwiegend allerdings zwischen vier und zehn Jahren. Seit ein paar Tagen ist auch ein holländisches Mädchen dabei. Vier Jahre alt und irgendwie gestrandet in Athen, und von den Behörden hier im Haus abgegeben. Die Situation ist schwierig, nur eine Mitarbeiterin spricht etwas holländisch. Aber das Kind scheint mir trotzdem gut aufgehoben, bis man vielleicht eine bessere Perspektive findet. Kontakte zu niederländischen Behörden sind aufgenommen, um das weitere Vorgehen zu klären. Ich spreche das kleine Mädchen in seiner Muttersprache an, - es strahlt und zeigt mir freudig sein Zimmer. Drei Bettchen stehen nebeneinander, im Nachbarbett liegt ein farbiger Junge und macht Mittagsschlaf. Sie kennt seinen Namen. Ein Flüchtlingskind, auch irgendwie gestrandet in Athen, sagt mir die Managerin, Frau Thodou. Obwohl sie nicht direkt in diesem Haus arbeitet, kennt sie alle Kinder beim Namen, kennt ihre Geschichten... Man spürt und sieht sofort, dass die Kinder sich hier wohl fühlen, dass sie gut aufgehoben sind. Es ist viel

Lachen und Freude im Haus. Bei vielem muss improvisiert werden, die gesamte Einrichtung ist gespendet, nichts passt wirklich zusammen. Na und... Es gibt ausreichend Spielsachen und Kleidung im Haus. In einem Zimmer am Eingang stehen annähernd dreißig Plastiktüten mit alle möglichen Dingen darin. Frau Thodou erzählt, dass dies Spenden der letzten Tage seien, abgegeben von Menschen aus der Umgebung, die die Organisation unterstützen. An Spielsachen und Kleidung herrscht kein Mangel. „The smile of the child“ hat einen exzellenten Ruf im Land.

Aber man braucht anderes: vor allem Benzin für die Rettungsfahrzeuge, eine neue Spülmaschine einen neuen Herd und vieles mehr. Was mich bei unserem Rundgang am meisten beeindruckt, ist das Lächeln der Kinder: Sie sind fröhlich, sie springen herum, sie kommen auf mich zu und befragen mich, erzählen mir, zeigen mir Ihre Bilderbücher und Spielsachen. Die ganze Atmosphäre zeigt und strahlt aus: Hier stimmt es, hier ist es herzlich. Ich bin sehr berührt und beeindruckt, hier ist so etwas wie Familie... Ich habe schon früher bei internationalen Jugendbegegnungen griechische Sozialarbeiter kennengelernt und war stets beeindruckt von dem herzlichen Einsatz der Mitarbeiter: die Kinder sind eng bei ihren Betreuern. Es gibt viel Körperkontakt, sie werden in den Arm genommen, sie sind willkommen. Wie schön!

Die meisten Kinder sind hier auf Behördenanordnung hier, viele haben Missbrauch erfahren und/oder stammen aus zerrütteten Familien. Die Not hat stark zugenommen in der letzten Zeit, in vielen Familien, die unter dem Existenzminimum leben müssen, nehmen die sozialen Spannungen und Probleme derzeit dramatisch zu. Und die Kinder sind die Schwächsten und am stärksten betroffen.

„Wir-helfen-Hellas.de“ hat „The smile of the child“ mit 7000 € unterstützt. Das Geld ist in einer Art Treuhanddepot hinterlegt und wird in enger Absprache mit Dr. Hautumm ausgegeben.

Weiterführende Links:

www.Thesmileofthechild.com
www.hamogelo.gr
www.victorproject.eu
www.antibullying.eu
www.Wir-helfen-Hellas.de



Liebe Leser,

wir freuen uns über jeden Leserbrief, der uns erreicht. Nun wissen wir auch, dass im hektischen Alltag manchmal auch die Zeit für ein paar nette oder anderweitig gemeinte Zeilen fehlt. Aber auch dafür gibt es eine Lösung: unseren Leserbriefgenerator. Einfach ausschneiden, ankreuzen und ab damit:

Liebe Agora-Redaktion,**Ihre letzte Ausgabe**

habe ich mit großem Interesse gelesen und bin begeistert.

habe ich nicht gelesen, weil ich jetzt schon weiß, dass mir Ihre Zeitung nicht gefällt.

fasse ich mit der Kneifzange nicht an, weil mich mehr als eine gedruckte Zeitung in Fulda nervös macht.

ist hoffentlich auch Ihre letzte Ausgabe. Ich lasse mir doch meine gebILDetete Meinung von Ihnen nicht kaputt machen!

Folgendes möchte ich zur letzten Ausgabe anmerken

Ihre Einfälle und Themenwahl sind genial – genau das braucht Fulda.

Mir fehlen ganzseitige Anzeigen von Autohäusern. Ich habe aus lauter Verzweiflung die Artikel gelesen.

Ich habe mich doch getraut mit der Kneifzange umzublättern und jetzt verspüre ich den Drang Öko-Strom zu beziehen und nur noch Bio-Lebensmittel zu essen. Ist das normal?

Gerne möchte ich

Sie unterstützen und gebe dafür mein letztes Hemd – das hat eh zwei Löcher ...

Sie unterstützen und kann dafür zwei bis drei feuchte Händedrucke anbieten.

Sie regelmäßig mit einem freiwilligen Abo unterstützen. Dann gebe ich mein Geld endlich mal sinnvoll aus.

dieses Kästchen ankreuzen, aber ich kann meinen Kugelschreiber nirgends finden – verdammt!

Mitglied der Windkraft-Mafia werden. Wissen Sie, wie ich aus dem Kohlestrom-Kartell aussteigen kann?

Aber sagen Sie mal ehrlich,

woher nehmen Sie den Mut auch unbequeme Themen anzugehen?

Sie bereichern unsere Region ungemein – sicherlich fördert die Stadt Fulda Ihre Arbeit wo sie nur kann, oder?

wurden Ihre Redakteure schon so genial geboren? Wenn ja, hätte ich gerne ein paar Kinder von Ihnen. Nächsten Samstag hätte ich Zeit ...

wann kann ich meine Wohnung im Löhertor beziehen? Ich stehe mit meinen Umzugskartons seit drei Tagen vor der Tür und muss dringend Pipi.

haben Sie keine anderen Hobbys?

Am besten wäre es

Agora würde monatlich erscheinen.

Sie würden noch mehr Leser erreichen und deswegen verteile ich gerne ein paar Ausgaben.

Sie drucken auch meine Artikel ab. Anbei mein 120-seitiger Bericht über die Langatmigkeit des Seins in Schriftgröße 5.

mit freundlichen Grüßen

Sie können mich mal.

Hey, ich habe meinen Kugelschreiber wieder gefunden!

AGORA

FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT,
KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Impressum

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):
Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammler, Walter M. Rammler, Martin Uebelacker

Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.

Postanschrift:
Fotodesign Rammler, Luckenberg 1, 36037 Fulda
(Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)

Auflage 3.000 Exemplare
Druck: Megadruck.de, Westerstede

Erscheint dreimonatlich, wird kostenfrei verteilt.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.

E-Mail: redaktion@agora-fulda.de
Internet: www.agora-fulda.de
Facebook: www.facebook.com/AGORAFD

Auf unserer Homepage finden Sie die komplette Ausgabe zum Download.

Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden diese zu uns ein.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

In dieser Zeitung könnte auch Ihr Artikel stehen.
Schreiben Sie uns. Sprechen Sie uns an.
Wir sind gespannt.

Statement zum Schluss:

Unsere Kreuzzügler waren auch keine Gläubigen. Solange es Menschen gibt, gibt es diesen Gottesmißbrauch. Diesmal ist er besonders barbarisch. Bei barbarisch fällt mir ein: ich habe den IS jetzt umgetauft, so wie der Islamwissenschaftler Husamuddin Martin Meyer es in seinem Vortrag vorletzte Woche getan hat, in „Satanischer Staat“! Da wären wir dann bei der Abkürzung SS und bei unserer barbarischen Geschichte und damit bei unseren neuen Naziidioten und und und. Solange nicht darüber gesprochen wird, wer die SS immer wieder mit Waffen versorgt, und das wird nie erwähnt, kann ich dieses ganze Solidaritäts- und Mittrauergequatsche unserer Politiker nicht mehr ertragen!

E. Rammler

Abobestellung

- Ja, ich baue an der **AGORA** Fulda mit! Ich fördere die Zeitung
- einmalig jährlich bis auf Widerruf mit
- 20,- € _____ €

und erhalte einen Pflasterstein als Geschenk.

- Hiermit ermächtige ich den Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. für die **AGORA** Fulda widerruflich den o.g. Betrag zu Lasten meines Kontos
IBAN _____
durch Lastschrift einzuziehen.

- Ich werde andersweitig politisch aktiv und nehme nur den Stein.
- _____

Datum, Unterschrift (Bitte unbedingt vollen Namen und Adresse angeben.)

Die **AGORA** war im antiken Griechenland der zentrale Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer Stadt. Für das demokratische Zusammenleben in einer Gemeinschaft kam ihr eine herausragende Rolle zu. Der Marktplatz galt als Merkmal einer selbstständigen Stadt.

Die **AGORA** Fulda als unabhängige Zeitung von Bürgern für Bürger ist ein Marktplatz der Ideen für kreative Kritik und Auseinandersetzung mit regionalen und gesamtgesellschaftlichen Themen. Wir wollen die Fuldaer Medienlandschaft erweitern und zur freien Meinungsbildung beitragen.

Wir arbeiten ohne Entgelt, sind werbefrei, unsere Auflage wird kostenlos verteilt. Daher sind wir auf Spenden zur Finanzierung der Druckkosten angewiesen. Bauen Sie mit uns am Marktplatz der Demokratie und seien Sie dabei mit einem Pflasterstein-Soli-Abo!

